

TIERRA LIBERTAD

Land und Freiheit - Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr

Weltweites Frauentreffen in Chiapas



+ Es riecht nach Krieg - Droht die militärische Eskalation? +
+++ Acteal - 10 Jahre nach dem Massaker +++ Stimmen aus Oaxaca
+++ Montes Azules: Naturschutz ohne Menschen +++ Diego Arcos
ist frei +++ "Zapatismus heute stärker als vor 14 Jahren" +++

Liebe Leserinnen und Leser!

Alarmierend sind die Meldungen und Einschätzungen, die uns in den Monaten seit der letzten Ausgabe erreicht haben. Die Angriffe des mexikanischen Staates gegen die indigenen Gemeinden haben ein Niveau erreicht, wie seit Mitte der neunziger Jahren nicht mehr. Dennoch wollten wir diese Ausgabe nicht mit einer reinen Aufzählung der Gräuelt und Übergriffen füllen, sondern haben versucht, verschiedene Sichtweisen und Hintergründe sichtbar zu machen. Wir hoffen sehr, dass wir im nächsten Heft wieder mehr positive Nachrichten präsentieren können, auch wenn es bislang keinerlei Anzeichen für eine Entspannung der Lage gibt. Wir bitten sehr darum, die Entwicklungen bis dahin nicht aus den Augen zu verlieren. Die internationale Aufmerksamkeit ist für die Menschen vor Ort enorm wichtig und sie kann auch direkte Erfolge nach sich ziehen, wie das Beispiel von Diego Arcos zeigt. Eine Auswahl von empfehlenswerten Webseiten, die aktuellere Informationen bieten als wir das können, haben wir auf der vorletzten Seite zusammengestellt.

Wir versuchen nach Kräften, unseren Teil zu dieser Öffentlichkeit beizutragen. Diese Ausgabe hat vier Seiten mehr bekommen, die Auflage ist gestiegen und wir haben das Experiment mit einem vierfarbigen Umschlag gewagt. Die Tierra entwickelt sich und wir laden alle Interessierten ein, an diesem Projekt mitzuarbeiten. Unterstützung können wir auf jede Weise gebrauchen: Durch inhaltliche Beiträge und Hinweise, durch Leserbriefe, Lob und Kritik und nicht zuletzt durch die Weiterverbreitung der Zeitung. Gibt es sie schon in eurer Stadt zu bekommen?

Es grüßt
die Redaktion

Impressum:

Herausgeberinnen:
Ya-Basta-Netz in Zusammenarbeit
mit Café Libertad Kooperative

Kontakt zur Redaktion:
landundfreiheit@riseup.net

V.i.S.d.P.: C.Ramona,
Dahlweg 64, 48153 Münster

Auflage: 2000 Exemplare

Vertrieb:
abolandundfreiheit@riseup.net

Spendenvorschlag bei Bestellungen:

1 Exemplar - 2 Euro
5 Exemplare - 4 Euro
10 Exemplare - 6 Euro
20 Exemplare - 10 Euro
50 Exemplare - 22 Euro

INHALT:

| | |
|---|------|
| ■ Militärische Eskalation möglich - Ernesto Ledesma | S.3 |
| ■ Autonomer Stadtteil in San Christobal | S.5 |
| ■ Zapatistisches Frauentreffen in La Garrucha | S.6 |
| ■ Kaum Aufklärung der Frauenmorde | S.8 |
| ■ Europäisches Frauentreffen in Freiburg | S.9 |
| ■ Diego Arcos ist frei | S.10 |
| ■ Weltweiter Aktionstag gegen die Repression | S.11 |
| ■ Naturschutz gegen Menschen | S.12 |
| ■ Acteal - 10 Jahre nach dem Massaker | S.15 |
| ■ Eindrücke von der CCIODH | S.17 |
| ■ Stimmen aus Oaxaca | S.18 |
| ■ Plan Mexiko - US-Unterstützung fürs Militär | S.20 |
| ■ Stärker als vor 14 Jahren - Jorge Santiago | S.21 |
| ■ Nützliches im Netz | S.23 |
| ■ Die Farbe Rot - Sub Marcos | |

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!



Zapatistischer Kaffee & Espresso

Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-20906892 * Fax: -93

www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

Die Tierra y libertad ist ein Produkt kollektiver Anstrengungen.

Dank für die Mitarbeit an dieser Ausgabe geht an:

Anna, Betty, Café Libertad, Cato, Cristian, Dana, Dorit, Doro, durita, Edo, flaco, friday, Jacobo, Joachim, Joanna, Jürgen, Katja H., Katja Ketchupita, Luz, Manu, Martin, Momo, Pedi, Peter, Regine, Rosa, Thomas, Ute, X-Jap, sowie all die unbenannten Aktiven in Netzwerken wie indymedia. Ohne Euch gäbe es diese Zeitung nicht.

"Militärische Eskalation ist möglich"

Interview mit Ernesto Ledesma, Direktor des "Centrums für politische Analysen und soziale und ökonomische Forschung" (CAPISE), San Christobal, Chiapas

Ende Dezember führten wir das folgende Interview mit Ernesto Ledesma, in dem vor allem über den Wandel der staatlichen Strategie zur Bekämpfung des zapatistischen Projektes und die beteiligten Akteure gesprochen wird. Militarisierung, Reaktivierung paramilitärischer Gruppen und zunehmende Aggressionen gegen zapatistische Gemeinden lassen eine militärische Eskalation als zunehmend wahrscheinlich erscheinen und fordern mehr denn je entschiedene weltweite Solidarität, so Ledesma.

Ernesto, seit einigen Monaten spricht CAPISE vom „Angriff des mexikanischen Staates“, womit ihr euch auf einen qualitativen Wandel des Konfliktes in Chiapas bezieht. Würdest du uns bitte einen allgemeinen Überblick darüber geben, wie sich dieser Angriff artikuliert und welches die ihn tragenden Akteure und Gruppen sind?

Seit 2005 meinen wir einen schrittweisen Wandel in der Strategie des mexikanischen Staates ausmachen zu können. 2006 hat dieser ein klareres Profil angenommen und im Anschluss an die Wahlen im Juli 2006 in Mexiko und nach der Amtseinführung eines aufgewungenen Präsidenten, Felipe Calderon (PAN), stellten wir eine Schwindel erregende und brutale Offensive gegen die indigene Bevölkerung fest – besonders gegen die Zapatistas in ihrem eigenen Gebiet.

Mehr als nur ein Angriff auf das zapatistische Projekt

Es handelt sich einerseits um eine Reaktivierung von paramilitärischen Gruppen, andererseits um eine Einbindung der staatlichen Institutionen sowohl der Legislative (Politik) als auch der Exekutive (Verwaltung, Polizei und Militär). Das sind Institutionen wie das Ministerium für Agrarreformen, die mexikanische Armee, das Innenministerium, das Ministerium für öffentliche Sicherheit, der mexikanische Kongress. Außerdem tritt auch die Regierung des Bundesstaates Chiapas auf den Plan, ebenfalls mit seinen staatlichen Organen wie Innenministerium oder bundesstaatliche öffentliche Sicherheitsorgane. Und letztlich lassen sich auch auf kommunaler Ebene

zunehmend Aktivitäten feststellen, hier vor allem durch die drei großen politischen Parteien PAN, PRI und PRD. Wir haben es also mit den drei unterschiedlichen staatlichen Gewalten auf ihren drei Ebenen zu tun – föderal, bundesstaatlich und kommunal, die bei ihrem Versuch, die Selbstbestimmung der indigenen Bevölkerung, ihre Autonomie, zu verhindern, alle die indigenen zapatistischen Gemeinden fokussieren.

Es handelt sich hierbei aber nicht einfach nur um einen Angriff auf das zapatistische Projekt. Es geht vielmehr um das Land und die zapatistischen Gebiete. Die verschiedenen Agrar-Instanzen legalisieren momentan die Enteignung von tausenden von Hektar zapatistischen Landes, das seit 1994 von den Großgrundbesitzern und Parteiläusen mit Blut und Feuer zurückerobert wurden. Was die Spanier in Zeiten der Conquista und später Kaziiken¹, Viehzüchter und Großgrundbesitzer gemacht haben, dass sie nämlich das Land der Indígenas raubten, das macht nun einmal mehr der mexikanische Staat, indem er die Zapatistas ihrer Ländereien beraubt und sie diesen feindlich gegenüberstehenden Gruppen zuweist.

Zapatistische Autonomie steht ökonomischen Interessen im Weg

Es sollen letztendlich nur solche Indígenas Land bekommen, die auch bereit sind, bei Bedarf dieses Land wieder zu verkaufen; die leicht zu kontrollieren und unterzuordnen sind. Es sind beispielsweise Öko-Tourismus-Projekte geplant. Und die Indígenas werden dann in ihrem eigenen Gebiet die Arbeiter in diesen Projekten sein. Sie werden die Klos putzen, die Betten machen, die Kinder hüten – also die schmutzige Arbeit erledigen. Das zapatistische Projekt sagt dazu „Nein“: „Wir sind diejenigen, die entscheiden, und wir entscheiden, was wie wann und mit wem gemacht wird“. Klar, die zapatistische Autonomie ist ein Projekt, das den großen ökonomischen Interessen entgegensteht, die an dieser Region hängen. Deshalb gehen sie nun



"Militärisch gesprochen ist die Armee bereit" Sondereinheiten zur Guerrilla-Bekämpfung ersetzen zunehmend reguläre Verbände

aufs Ganze. Aber so wird auch unsere Verteidigung sein: Auch wir werden aufs Ganze gehen!

Du sagtest, dass die Reaktivierung von paramilitärischen Gruppen von besonderer Bedeutung im aktuellen Konflikt ist. Könntest du ein wenig mehr über diese berichten?

Paramilitärische Gruppen werden normalerweise von Staaten als Front gegen den erachteten inneren Feind genutzt – im konkreten Fall nicht nur gegen die zapatistische Armee, sondern allgemein gegen die zapatistische Bevölkerung, die es aufzureiben gilt. In dem Konflikt muss jedoch das Ansehen des mexikanischen Staates und der mexikanischen Streitkräfte gewahrt werden. Deshalb werden paramilitärische Gruppen gegründet, und diese paramilitärischen Gruppen sind es dann, durch die lokale Konflikte entstehen, denn die Paramilitärs sind ja auch Indígenas – oft aus den gleichen Gemeinden, aber mit Anbindung an die PAN, die PRI oder die PRD, den Zapatistas feindlich eingestellten, etablierten Parteien also.

Einige dieser paramilitärischen Gruppen sind indigene Organisationen, die ursprünglich den Zapatistas gegenüber überhaupt nicht feindlich eingestellt waren. Aber nun, da ihnen Land angeboten wird, beginnt sich ein gemeindeinterner, lokaler Streit abzuzeichnen, und in den Medien wird das dann auch lediglich als solcher dargestellt. Als würden sich die Indígenas aus Gewohnheit gegenseitig töten, als hätte es schon immer Auseinandersetzungen gegeben. Dabei geht es eigentlich darum, dass von staatlicher

Chronik November 2007- März 2008

2.November07 Oaxaca: ca. 50 DemonstrantInnen der APPO werden von über 300 Polizisten mit Waffen bedroht, die Kundgebung aufgelöst +++ ab 3.November07: Flutkatastrophe in Tabasco und Chiapas +++ 13. und 20.November: OPDDIC-Paramilitärs vertreiben Zapatistas unter Morddrohungen von ihrem Feld in Bolon Ajaw +++ 17.-20.November: Karawane der Anderen Kampagne zur Verteidigung der Menschenrechte und der kollektiven Rechte der zapatistischen indigenen Gemeinden. +++ 24.November: 80 bewaffnete OPDDIC-Angehörige überfallen Bolon Ajaw, prügeln den einzigen anwesenden männlichen Zapatist bewusstlos und verletzen ein Kind +++ 26. und 29.November: OPDDIC-Angehörige feuern Schüsse bei

Seite die Enteignung und ein brutaler Krieg legalisiert werden - vor dem Hintergrund der Kontrolle über ein Territorium einschließlich aller darin befindlichen natürlichen und biologischen Ressourcen.

Letztendlich sind Paramilitärs für den Staat ein effektives Mittel, sich die Hände rein zu waschen. Im Konflikt tritt nicht die staatliche Armee auf, sondern lediglich paramilitärische Gruppen. Aber wer bildet diese denn aus? Wer stellt ihnen die Waffen zur Verfügung? Das machen eben staatliche Autoritäten.

Der Staat will, dass die EZLN mit Waffengewalt reagiert

Das Motiv dieser Strategie scheint also, wie du sagst, ganz offensichtlich: Die Aggressionen gegen das zapatistische Projekt werden fortgesetzt, die staatlichen Institutionen jedoch erscheinen als am Konflikt unbeteiligt. Ist aber ein Aspekt dieser Vorgehensweise nicht auch der, dass so ein Eingreifen der mexikanischen Streitkräfte in den Konflikt ganz zynisch wieder legitimiert werden könnte: Als vermeintlich neutraler Akteur, der den Frieden in einer von gemeindeinternen oder ethnischen Konflikten zerrütteten Region wieder herzustellen hat?

Ja, das ist Teil dessen, was mit den Provokationen beabsichtigt ist. Die Angriffe – Belästigungen, Aggressionen, Bedrohungen – sind mittlerweile alltäglich für die indigene zapatistische Bevölkerung. Was die staatliche Seite intendiert ist, dass die EZLN reagiert. Dass die EZLN mit Waffengewalt interveniert, um so eine Aktion der Armee zu legitimieren. Ich spreche bewusst nicht vom Eingreifen der Armee in einen Konflikt, sondern von Aktionen, denn tatsächlich ist die Armee ja schon längst eingebunden. Momentan gibt es 56 permanente militärische Posten in den indigenen Gebieten. In militärischen Termini gesprochen ist die Armee also bereit.

Welche Bedeutung haben die neoliberalen Abkommen zwischen den verschiedenen Ländern Lateinamerikas für diesen Konflikt? Beispielsweise der „Plan Puebla-Panama“?

Die spielen eine ganz maßgebende Rolle. Es mag so aussehen, als würden da nur ein paar Autobahnen gebaut, aber der Internationale Währungsfond, die großen ökonomischen Interessen, all die Treffen und Handelsverträge, die zielen direkt auf die Ausbeutung der Reichtümer der Länder ab – in unserem Fall die Reichtümer in Chiapas.

Sie bilden quasi die Linien, an der entlang sich der Konflikt entwickelt. Und davon abhängig müssen wir dann schauen, was wir zu unserer Verteidigung tun. Aber irgendwann müssen wir dann auch die Offensive übernehmen – eine zivile und gewaltfreie Offensive, aber eine Offensive eben. Das wissen auch die Zapatistas, und das haben sie uns ja auch bereits mitgeteilt. Sie sagen: „Wir wer-



Lassen die Waffen seit 1994 schweigen:
Guerriller@s der EZLN

den uns verteidigen, wir werden die Sache angehen, denn wenn wir dies nicht machen, werden sie uns immer mehr antun und uns letztendlich unser Land wegnehmen.“ In den Kommuniqués sagen sie, dass es sich um einen „Vernichtungskrieg“ handelt – die Vernichtung der Indígenas als Völker, denen nur ein Platz in den Peripherien der großen Städte eingeräumt wird, als billige Arbeitskräfte in den Maquiladoras, also den Weltmarktfabriken, als Feldarbeiter, aber nicht auf ihren eigenen Feldern, sondern auf denen der anderen.

Die Attacke ist frontal und brutal und die Verteidigung, die wir errichten, wird ebenfalls ans Maximale gehen.

Du sprichst von einer zivilen und gewaltfreien Offensive, aber die beschriebenen Entwicklungen lassen ja eher eine militärische Eskalation befürchten. Wenn Subcomandante Marcos davon spricht, dass er sich nun wieder exklusiv auf seine Rolle als Chef der zapatistischen Armee konzentrieren wird, deutet das ja ebenfalls in diese Richtung. Hält CAPISE eine militärische Eskalation in den kommenden Monaten also für ein realistisches Szenario?

Ja! Schau, wenn irgendwer weiß, was momentan abgeht, dann sind das die Zapatistas selbst. Sie leben schließlich in diesem Konflikt. Infolge der zunehmenden paramilitärischen Offensiven in den zapatistischen Gebieten hatte die „Sechste Kommission“ der EZLN ja die zweite Etappe ihrer Rundreise abgebrochen. Und nun, während des Kolloquiums die Worte von Marcos. Für uns war das ein dramatischer Moment. (Die erwähnten

Abschnitte des Beitrages finden sich auf der letzten Seite dieser Zeitung – Anm. d. Red.) Wir wissen nicht, ob die Leute das richtig aufgenommen haben, aber wenn du in den zapatistischen Gemeinden mit dem Compas arbeitest, dann lernst du ihre Art und Weise kennen und weißt: das war dramatisch. Wie sie sich verabschiedet haben. Und das Kommuniqué, in dem von Farben gesprochen wird, angefangen mit Weiß, Grün, Blau, Braun – und schlussendlich Rot. Er endet mit der Farbe Rot, spricht von den Zeiten des Krieges und davon, dass sie die Führung der zapatistischen Armee seien. Was für ein klares Signal! Da haben sie es doch gesagt.

Entweder unternehmen wir nun etwas, oder wir sagen der EZLN und der zapatistischen Bevölkerung quasi: „Nehmt wieder eure Waffen!“ Wollen wir das wirklich? Wir zumindest nicht. Deshalb sind wir am Mobilisieren, denn die Situation ist schlimm. Wir werden auch weiterhin versuchen, die mediale Blockade zu durchbrechen, die sich über all dies ausschweigt. Durch alle Medien, die uns zu Verfügung stehen.

Aber würde die EZLN denn nicht, indem sie wieder zu den Waffen greift, genau so reagieren, wie es von staatlicher Seite gewünscht ist, dem Gegner also in die Hände spielen?

Die „Juntas der guten Regierung“ und die Autoritäten der autonomen Räte haben in allen „Caracoles“ (zentrale Versammlungsorte der Zapatistas) eine Abmachung getroffen: Nicht auf die Aggressionen eingehen bis sie eine solche Schwere oder Dringlichkeit angenommen haben, dass keine andere Option mehr bleibt, als sie zu beantworten.

In einer Kriegszone muss es eine graue Zone geben, das heißt eine Zone, in der sich die Kämpfer bewegen können. Wenn diese Grauzone eliminiert wird, nun, dann ist Krieg, weil es keine Möglichkeit mehr gibt, sich zu bewegen. Sie setzen uns einem Zwang aus, und es bleibt kaum eine Möglichkeit, als zu reagieren.

Das wollen wir vermeiden. Wir wollen, dass die Zapatistas ihre friedliche Initiative fortsetzen können, und ich glaube, dass es an uns ist zu versuchen, dies zu ermöglichen. Aber wir müssen reagieren. Wir müssen uns bewegen. Darauf kommt es nun an.

Autor: X-Jap / indymedia

CAPISE: www.capise.org.mx/

1 - Kaziken (oder Kaziquen): Lokale Machthaber, Lokalfürsten

der Gemeinde Bolon Ajaw ab +++ 04.Dezember.: Diego Arcos wird nach 13 Monaten Haft freigelassen +++ 13.-17.Dezember.: Tagung "Planet Erde - Antisystemische Bewegungen" mit täglich über 400 AktivistInnen in San Cristóbal +++ 20.-22.Dezember. Treffen gegen Straflosigkeit in Acatel zum 10. Jahrestag des Massakers +++ 22.Dezember. OPDDIC-Deserteure inszenieren Waffenübergabe an Regierung +++ 25.Dezember. die Abgeordnetenkommission billigt die Justizreform, die repressive Maßnahmen seitens des Staates erleichtert +++ 27.Dezember.: in der Gemeinde „Rancheria Agua Azul Chico“ wird ein 20-jähriger von drei OPDDIC-Mitgliedern mit Machetenhieben schwer verletzt +++ 28.12-1.1.2008 Internationales Frauentreffen in Chiapas +++ 29.Dezember. im Dorf Betel Yochib schießt ein Mitglied der OPDDIC be-

Ernesto Ledesma kommt nach Europa.

Der Direktor von CAPISE, unser Interviewpartner im vorherigen Artikel, wird über die aktuelle Lage in Chiapas informieren. Im April bereist er Deutschland und wird folgende Städte besuchen:

- 7.April:** Frankfurt/Main, Café Exzess, (Leipziger Str. 91), 20 Uhr;
 - 8.April:** Freiburg, Café der KTS (Baslerstr. 103), 19 Uhr;
 - 9.April:** Berlin, Mehringhof, 19 Uhr;
 - 10.April:** Münster, Die Brücke (Wilmergasse 2), 20 Uhr;
 - 11.April:** Hamburg, Werkstatt 3 (Nernstweg 32 - 34), 19 Uhr;
 - 12.April:** Düsseldorf, InWent (Wallstraße 30), 18 Uhr
- Eventuelle Änderungen und weitere Termine werden auf der Seite chiapas98.de veröffentlicht

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



FUCK THE SYSTEM ? Jugend & Jugendkulturen zwischen Rechtsextremismus, Anpassung & Emanzipation · Es gibt keine linke Jugendkultur? · Merkblatt rechte Jugendliche – Erkennungsmerkmale und Zeichen · **IMPULS AUS-SEE:** Auf der Bühne provozieren · **Das EXPLO:** Die Legende lebt · Wir sind anders: »Wer lässt uns als Puppen tanzen?« · Expertokratie und Versorgungsdiktatur · Jugend im Nationalsozialismus: Unterwerfung, Gehorsam und Wi-

derstand · Neue Bücher: Hakenkreuze, Joins und Melancholie **HUNGERSTREIK** Bittere Oliven aus dem südspanischen Jaén **MEDIEN** Deutschlands einzige mehrsprachige Hurenzeitung »La Muchacha« **DEBATTE** Solidarische Ökonomie: Fünf Überlegungen zu linken Strategien **GRUNDEINKOMMEN** Debatte: Entgegnung zu Götz Werners anthroposophischer Steuerreform **1968** Chiffre für viele Erscheinungen – Deutungen und Folgen **MEDIEN** »Sozial.Geschichte« stellt Erscheinen ein **KOMMUNEN** Feiertage in der Twin-Oaks-Kommune: Riesen-Eis und Rollenwechsel **GENO** Sonnenstadt Jever eG **u.v.m.**

**Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro**

(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

Motivation zur gesellschaftlichen Organisierung

Stadtteil von San Cristóbal de las Casas erklärt sich für autonom

Chiapas. Am 5. März erklärte sich der Stadtteil "5 de marzo" am Rande von San Cristóbal zur autonomen Gemeinde. Gleichzeitig feierte die Gemeinde ihr 14jähriges Bestehen. Im Zuge des Aufstands der EZLN war das Territorium 1994 von einigen Frauen und Männern besetzt worden.

Ein Sprecher von "5 de marzo" berichtete: "Wir sind mehrheitlich Indigenas, einige sind von den Autoritäten aus unseren ursprünglichen Gemeinden vertrieben worden, andere von uns hatten einfach keinen Platz, an dem sie mit ihren Familien leben konnten. Wir alle lebten in einer Situation der extremen Armut, Gewalt und Unsicherheit".

Die städtische Bürokratie hatte die Petitionen des Viertels immer wieder abgewiesen, woraufhin sich die Menschen selbst organisierten, um eine kollektive Basisversorgung mit Wasser und Strom aufzubauen.

Die Situation im Stadtteil ist dieser Tage von einer gewissen Anspannung gekennzeichnet, die nicht nur mit der feindlichen Haltung der Behörden zu tun hat, sondern auch mit internen Spaltungen und Korruptionsvorwürfen zu er-

klären ist.

Die Mehrheit der 450 Familien des Viertels hat sich inzwischen den Bedingungen der Stadtverwaltung untergeordnet oder wurde korumpiert, eine Minderheit von EZLN-UnterstützerInnen, AnhängerInnen der "Anderen Kampagne" und Personen der Zivilgesellschaft ohne Organisationen befinden sich nun in Koordination mit dem zapatistischen Rat der Guten Regierung von Oventic im Widerstand und erfährt dabei Unterstützung von der AnhängerInnen der "Anderen Kampagne" aus San Cristóbal und internationalen AktivistInnen.

Bereits im Januar installierten die rebellischen Kräfte von "5 de marzo" eigene Wasseranschlüsse, nachdem das städtische Wasserunternehmen SAPAM mit Unterstützung einiger ViertelbewohnerInnen den öffentlichen Zugang zum Wasser unterbunden hatte.

"Wir kommen voran, Schritt für Schritt", mit diesen Wort schloss der Redner der Gemeinde seine Ansprache. Er ermutigte die Anwesenden, die Ausrufung der Autonomie bekannt zu machen, "damit sie als Motivation zur gesellschaftlichen Organisierung beitrage".

In der aktuellen Situation, die von massiver anti-zapatistischer Repression geprägt ist, stellt die Ausrufung des Stadtteils "5 de marzo" als autonome Gemeinde einen offensiven und konstruktiven Schritt dar, der illustriert, dass der Einfluss der zapatistischen Bewegung bis nach San Cristóbal reicht und den Menschen Alternativen bieten kann.

Die Feierlichkeiten wurden von einem Basketballspiel, Ansprachen, Liedern, einer Clown-Show des pro-zapatistischen Kollektivs "Zapayazos", einer christlichen Andacht, einem Essen für alle Anwesenden und einer abschließenden Tanzveranstaltung umrahmt.

Luz Kerkeling, Chiapas

Probeheft gratis!
da-abe@fan.org

kämpfen und lesen

[die andere Gewerkschaftszeitung]

www.direkteaktion.org

gleitet von zwei Sektorpolitizisten den Zapatisten Pablo Silvano Jiménez auf dem Weg zu seinem Maisfeld an +++ 1.1.2008: NAFTA-Freihandelsabkommen: die letzten Importbeschränkungen für Mais, Bohnen, Zucker und Milchpulver fallen +++ 3.Januar: Mexikanische Bauernorganisationen kündigen an, auch 2008 ihre Proteste gegen das NAFTA weiterzuführen, Ziel ist die Neuverhandlung des Vertrags, v.a. des Agrarkapitels +++ 8. und 11.Januar: Paramilitärs feuern Warnschüsse auf die zapatistische Gemeinde San Patricio (Nordzone von Chiapas) ab, Repräsentanten des Dorfes werden mit "Verschwindenlassen" und Tod bedroht +++ 10.Januar: über 640 regionale RepräsentantInnen diverser Organisationen und Gemeinden kommen in Amador Hernández, Montes Azules zusammen, um Räumungsdrohungen seitens der

Klare Worte in La Garrucha

„Lass den Besen los, schmeiß die Pfanne hin!“

Mit diesen provozierenden Worten riefen vier junge Frauen im Caracol von La Garrucha während des Kulturprogramms die anwesenden Frauen dazu auf, ihre Rechte auf Bildung und Gleichberechtigung einzufordern. "Frauen sind keine Sklavinnen, sondern haben das Recht, Frau und glücklich zu sein." Ein gutes Motto für das erste Treffen der zapatistischen Frauen mit den Frauen der Welt, vom 29. - 31. Dezember in Chiapas.

Erneut folgten mehrere tausend Menschen aus Mexiko, Nicaragua, Brasilien, Neuseeland, Korea, USA, Bolivien, Guatemala, Spanien, Italien, Deutschland und anderen Ländern der Einladung der Zapatistas. Sie waren gekommen, um den zapatistischen Frauen zuzuhören, die drei Tage von IHRER Geschichte sprachen, vom Prozess der Autonomie aus Frauensicht.

Vergewaltigung und Misshandlungen waren Normalzustand

Die Frauen sprachen viel über die Veränderungen in ihrem Leben nach dem Aufstand von 1994. Vorher hatten sie nicht nur keinerlei Rechte, sondern waren sich nicht einmal bewusst, dass sie welche haben könnten. Sie haben auf den Fincas der Großgrundbesitzer gearbeitet, die sie wie Sklavinnen behandelten. Vergewaltigung und Misshandlungen jedweder Art waren der Normal-



Tausende Frauen von vier Kontinenten lauschen den Vorträgen im Auditorium.

Foto: Dorit Siemers

zustand und wurden nicht in Frage gestellt. Abuelita (dt. Großmütterchen) Avinia erzählte empört, dass der unnütze Großgrundbesitzer noch nicht mal in der Lage war, zum Baden zum Fluß zu gehen, sondern sich das Wasser ins Haus schleppen ließ, damit er nicht in seiner Bequemlichkeit gestört wurde.

Heute schämen wir uns nicht mehr, Frauen zu sein

Heute arbeiten die Zapatistas nicht mehr auf den Fincas, sondern bestellen ihr eigenes, oft von den Großgrundbesitzern zurückerobertes Land. Die Frauen können selbst entscheiden, wen sie heiraten und wie viel Kinder sie bekommen

wollen. Sie können an allen Versammlungen teilnehmen und alle Ämter bekleiden. Daher kamen auf dem Treffen auch Verantwortliche aus allen Bereichen, von Comandantas über unverheiratete Frauen und Milizionärinnen bis zu kleinen Mädchen zu Wort. Natürlich fehlt noch viel zur Gleichberechtigung wie Elisa, Compañera im höheren Alter berichtet, „um Respekt zu erreichen und an irgendeinem Platz den Platz zu finden, der uns gebührt, aber jetzt kennen wir ja bereits unsere Rechte.“ Und die Compañera Daisy erklärt: „Früher hatten wir Angst und haben uns geschämt, weil wir Frauen sind, aber jetzt nicht mehr.“ Das war eindeutig zu spüren in allen Ausführungen an diesen Tagen und besonders im politisch-kulturellen Teil der Abende. Dort wurde nicht nur das Eingangs erwähnte Lied gesungen, sondern auch eines, das von der Straffreiheit für und das Recht auf Abtreibung handelte. Texte also, die vor gar nicht allzu langer Zeit noch nicht möglich gewesen wären und an denen der Generationenwechsel klar abzulesen ist.

Keine Zeit zum Ausruhen

Noch etwas wurde während des Treffens besonders deutlich: Welche Kraft es kostet, diesen alltäglichen Kampf zu führen. Alltäglich nicht deshalb, weil er so banal ist, sondern weil die zapatistischen Frauen ihn Tag für Tag kämpfen



Das dritte Treffen der zapatistischen Gemeinden mit den Völkern der Welt war Comandanta Ramona gewidmet, die in den ersten Jahren des Aufstandes die führende Frauenrolle in der EZLN innehatte. Comandanta Ramona hatte gemeinsam mit Comandanta Susanna - welche die bewegende Eröffnungsrede des Treffens hielt - und anderen Frauen im Geheimen das revolutionäre Frauengesetz der Zapatistas erarbeitet. Sie war 1994 bei den ersten Verhandlungen mit der Regierung dabei und war die erste Zapatistin überhaupt, die 1996 den militärischen Belagerungsring der Regierung in Chiapas durchbrach und nach Mexiko-Stadt reiste. Comandanta Ramona war zu dieser Zeit bereits schwer erkrankt und hatte den Wunsch, einmal in ihrem Leben Mexiko-Stadt zu sehen. Trotz ihres schlechten Gesundheitszustandes nahm sie an der Gründung des nationalen Indígena-Kongresses teil, bevor sie an der Niere operiert wurde. Von der Operation erholte sie sich nicht mehr richtig. Comandanta Ramona starb am 6.2.2006 auf dem Weg ins Krankenhaus, das sie nicht mehr rechtzeitig erreichte, weil es zu weit entfernt von ihrem Dorf lag.

Regierung zu analysieren +++ 11.Januar: der Journalist Hermann Bellinghausen wird von Unbekannten überwacht +++ 13.Januar: PRIistische Holzfäller töten einen Zapatisten in Comitán, weil er gegen das Unrecht im Ejido Santa Rosalia protestierte +++ 14.Januar: Präsident Felipe Calderón weiht während seines siebten Besuchs in Chiapas den Autobahnabschnitt Arriaga-Ocozocuaula ein +++ 16.Januar: Minenarbeiter in landesweitem Streik +++ 17.Januar: Der Bezirkspräsident von San Cristobal bekräftigt seine Absicht, die EZLN-UnterstützerInnen im zapatistischen Naturschutzgebiet Huitepec räumen zu lassen +++ 22.Januar: zwei Familienangehörige des Todesopfers von Comitán werden verhaftet und gefoltert +++ 25.Januar: vor der spanischen Audiencia Nacional wird Mexiko aufgrund der Vorfälle im

und nicht die Möglichkeit haben, sich „mal frei zu nehmen“. Comandanta Rosalinda: „Wir wissen, das ihr alle müde seid, nachdem ihr drei Tage zugehört habt. Wir sind auch müde. Aber so ist der Kampf und deshalb wisst ihr jetzt wie es uns geht. Wir sind müde von der Arbeit, aber wir haben keine Zeit, uns auszuruhen, weil wir uns nach der Arbeit organisieren und kämpfen müssen.“ Die Organisation der Frauen wird vielfach dadurch erschwert, dass viele wenig bis gar nicht lesen und schreiben können. Sie müssen sich oft auf ihr Gehör und Gedächtnis verlassen. Kaum vorstellbar, welchen Mut es kostete, sich vor Tausenden von Menschen auf eine Bühne zu stellen und sich durch ein mehrere Seiten langes Manuskript zu quälen.

„Das kennen wir nicht“

Zwischen den einzelnen Redebeiträgen der Zapatistas gab es immer wieder fünf Minuten Zeit für schriftliche Fragen. Auffällig war, dass bei manchen Fragen plötzlich die Zeit abgelaufen war. Manche hat sich darüber geärgert, aber es ist nachvollziehbar, dass die Zapatistas interne Dinge wie z.B. die Militärstruktur nicht in einem öffentlichen Raum besprechen wollten.

Auf die Frage nach der Akzeptanz von Männern, die die Seele einer Frau in sich tragen, gab es zunächst auch keine Antwort, weil „wir das nicht kennen“. Nach der letzten Rednerin auf der Redeliste für die Nicht-Zapatistinnen bat jedoch eine Transgenderfrau um Redeerlaubnis für die Verlesung der Grußbotschaft einer Freundin aus Mexi-



ko-Stadt, die aus Krankheitsgründen nicht selber kommen konnte. Im Anschluss betraten zwei junge Frauen die Bühne und erklärten, dass es für die Zapatistas egal sei, ob jemand Frau, Mann oder Transgender ist, die Hauptsache sei für sie, dass sie/er Lust zum kämpfen habe. Der Beifallsturm für diese eindeutige Stellungnahme, die sich auch auf Homosexualität bezog, nahm kein Ende.

Wir sind nicht alle, es fehlen die Gefangenen

Beifallstürme gab es auch für die Vertreterinnen der „Volksversammlung von Oaxaca“, APPO¹, oder den Beauftragten der „Gemeindefront zu Verteidigung des Landes“, FPDT², aus Atenco. Eine besondere Einladung hatten die Zapatistinnen an die Delegation von „Via

Campesina“, ausgesprochen, einen weltweiten Zusammenschluss von 160 kleinbäuerlichen Bewegungen, die ebenfalls in Landkämpfe verstrickt sind. Delegierte aus Guatemala, Brasilien, Ecuador, Nicaragua, Kanada, Korea und Frankreich erzählten von Repression, Unterdrückung, Ausbeutung und den Auswirkungen der weltweiten Globalisierung auf die Landwirtschaft. Besonders präsent waren während des gesamten Treffens diejenigen, die nicht teilnehmen konnten: die politischen Gefangenen. Es wurden mehrere Grußbotschaften, darunter eine von Frauen aus einem Knast in der Türkei vorgelesen.

Männer dürfen zuhören, kochen und aufräumen

In Europa unmöglich, bei den Zapatistas Normalität: Die zapatistischen Frauen hatten explizit auch Männer eingeladen, unter der Auflage, dass sie nur zuhören und nicht reden. Eines der begehrtesten Fotomotive waren dann auch die Plakate, die überall im Caracol aufgehängt waren: „Auf diesem Treffen dürfen die Männer weder als Redner, Übersetzer, Antragsteller, Sprecher teilnehmen, noch sich auf den Plenarien während der Tage 29., 30. und 31.12. zeigen. Am 1. Januar kehrt alles zum Normalen zurück. Die Männer dürfen nur: Essen kochen, das Caracol fegen und aufräumen, die Latrinen säubern und auf die Kinder aufpassen.“ Die indigenen Männer hielten sich an diese Auflagen, wenn auch nicht so weit, dass sie die Tortillas zubereiteten. Die wurden statt dessen fertig gekauft, damit die Frauen von dieser 'absoluten' Frauentätigkeit befreit waren. Trotz der strengen Geschlechtertrennung auf dem Treffen haben die Zapatistinnen immer wieder betont, dass sie nicht gegen sondern zusammen mit den Männern kämpfen wollen. Der Kampf um die Autonomie kann nur ein gemeinsamer sein, da der Feind auch keine Unterschiede macht und Frauen, Männer und Kinder gleichermaßen bedroht. Eines jedoch wird bleiben: nach all der Zustimmung und den Begeisterungstürmen, die die zapatistischen Frauen in diesen Tagen erfahren haben, wird das Leben nach dem 1. Januar 2008 nicht wieder zum Normalzustand zurückkehren.

Autorin: durita

1 - APPO: Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca

2 - FPDT: Frente Popular para la Defensa de la tierra



Die Vernetzung der Kämpfe: Vertreterinnen aus Atenco mit erhobenen Mache-ten, dem Symbol ihres Widerstands.
Foto: indymedia chiapas

mexikanischen San Salvador Atenco im Mai 2006 der Folter angeklagt. +++ Sieben AktivistInnen aus Atenco werden nach 20 Monaten Haft vom Vorwurf der Entführung freigesprochen und entlassen +++ 30.1. 150.000 Bauern und Bäuerinnen demonstrieren in Mexiko-Stadt gegen das Agrarkapitel des NAFTA und die mexikanische Agrarpolitik. +++ Die Internationale zivile Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte CCIODH erreicht Mexiko, um die Menschenrechtslage in Chiapas, Oaxaca und Atenco zu untersuchen +++ 1. Februar: Der Zapatist Eliseo Silvano Jiménez und sein Sohn Eliseo Silvano Espinoza werden von Polizisten und Mitgliedern der OPDDIC angeschossen, verhaftet und gefoltert. Im Dorf Betel Yochip bedrohen Angehörige der OPDDIC zapatistische BewohnerInnen und internationale Men-

Kaum Aufklärung der Frauenmorde

Menschenrechtsaktivistinnen in Ciudad Juarez werden diffamiert

In Ciudad Juarez, Grenzstadt zu den USA, sind in den letzten 15 Jahren über 1000 Frauen und Mädchen verschwunden oder ermordet worden. Über staatliche Vertuschungspraktiken und die Diffamierung vom Menschenrechtlerinnen berichten zwei Aktivistinnen.

Rund 300 internationale Konzerne, darunter deutsche Unternehmen wie Bosch und Siemens betreiben in Ciudad Juarez so genannte Maquila-Fabriken, Montagebetriebe, die den US-Markt mit ihren Produkten beliefern. International bekannt wurde die Stadt allerdings als Stadt der Frauenmorde. Zwischen 1993 und 2007 sind in Ciudad Juarez 475 Frauen und Mädchen zwischen 13 und 22 Jahren entführt, gefoltert, vergewaltigt und ermordet worden, weitere 600 sind verschwunden. Fast alle diese Frauen und Mädchen waren in den Maquiladoras beschäftigt und wurden auf dem Weg von oder zur Arbeit entführt.

Vom 26.11. bis 6.12. 2007 waren Marisela Ortiz und Manuela Simenal von der Nichtregierungsorganisation (NRO) „Nuestras Hijas de regreso a casa“ –NHRC- (Unsere Töchter zurück nach Hause) auf einer Rundreise in Deutschland, um die Öffentlichkeit über die Frauenmorde zu informieren und ihre Kampagne „Ni una más“ (Nicht eine mehr) vorzustellen. Die zwei Mexikanerinnen besuchten neben Deutschland auch Belgien, Italien und die Schweiz, wo sie vor allem über die fehlende Strafverfolgung und die herrschende Straflosigkeit in bezug auf die verschwundenen Frauen berichteten.

Die Mädchen verschwinden weiterhin

Marisela Ortiz ist die Gründerin und Direktorin von NHRC. Seit 2001 hat die NRO zur Aufklärung von mehreren Fällen von Frauen und Mädchen beigetragen, seit fünf Jahren mit der juristischen Unterstützung des Nationalen Vereins demokratischer RechtsanwältInnen.

„Durch den politischen Druck aus verschiedenen Ländern, durch die Arbeit der Organisation und die Solidarität von Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen, die in ihren eigenen Regierungen Aktionen auf internationalem



Nur ein Fall mehr?
Hilda Gabriela Rivas Campos, 16 Jahre
verschwunden seit dem 25.2.2008
Foto: NHRC

Niveau angestoßen haben, hat sich die Situation verbessert. Damit will ich sagen, dass wir jetzt viel weniger Überfälle haben als früher. Trotzdem beunruhigt es uns, dass die Mädchen weiterhin verschwinden und noch mehr beunruhigt uns die Tatsache, dass die Behörden und die Regierung keine transparenten Informationen an die Öffentlichkeit geben.“ erklärt Marisela.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen wurde das unglaubliche Ausmaß der Frauenmorde in Ciudad Juarez verbreitet und NHRC international bekannt. In Mexiko hingegen hat die Nichtregierungsorganisation große Diffamierungen von Seiten der konservativen Teile der Gesellschaft in Ciudad Juarez erlitten, die mehr um das Image der Stadt als um die Wahrung der Menschenrechte und die herrschende Straflosigkeit im Staat besorgt sind. Marisela: „Wir haben einige Probleme mit der Verfolgung durch einen Teil der Obrigkeit und der Regierung gehabt. Wie z.B. eine Kampagne, an der alle Kommunikationsmedien in Ciudad Juarez teilgenommen haben und in der wir wie Verbrecherinnen erscheinen. Sie nennen uns u.a. Händlerinnen des Schmerzes.“

Marisela hat obszöne Einschüchterungen erlitten und ist mit dem Tode bedroht worden. Im Oktober 2004 wurde sie am helllichten Tag durch mehrere Autos abgefangen und von Unbekannten mit einer Schusswaffe bedroht. Die Angreifer versicherten ihr: „Jetzt wirst du

fühlen, was die Toten von Juarez leiden.“ Sie wurde mit der Drohung laufen gelassen, das nicht sie es wäre, sondern ihre Töchter, die vor ihr vergewaltigt und überfallen würden. Ortiz hat unter polizeilichem Schutz gestanden, ein Schutz der immer weniger wurde, je mehr Zeit verstrich. Die Angreifer wurden –selbstverständlich– nie identifiziert.

„Das Schlimmste ist, nichts zu wissen“

Manuela Simental ist Mitglied von NHRC und Mutter von Elena Guadiana Simental, die im März 1997 im Alter von 19 Jahren in Ciudad Juarez verschwand. „Nie erfuhr ich etwas über meine Tochter, sie ging zur Arbeit und kehrte nie zurück. Im letzten Jahr rief mich die Staatsanwältin Elene Alicia Perez Duarte an und sagte mir, dass Elena lebt. Aber das waren Lügen, weil ich an den Ort fuhr, den sie mir genannt hatte. Ich fuhr mit 2 Anwälten und wir klopfen an die Tür, niemand kannte Elena und es wusste auch niemand, ob meine Tochter dort gewesen war. Wir suchten in den Registern des Rathauses. Sie entfernten sie schon von der Liste der Verschwundenen als sie sie in Wirklichkeit noch nicht mal gesucht hatten. Das ist das Schlimmste, das eine Mutter erleben kann. Es ist eine fürchterliche Situation sich vorzustellen, dass mehrere Personen sie entführten, dass sie sie vergewaltigten, dass sie sie folterten. Nicht zu wissen ob sie lebt oder tot ist, ob sie sie in ein anderes Land gebracht haben, das ist eine fürchterliche Sache für mich.“

Die Medien lassen uns wie Verbrecherinnen erscheinen

In Berlin wurden Marisela Ortiz und Manuela Simental von einer Delegation ParlamentarierInnen empfangen. In einer gemeinsamen Erklärung erklärten die Abgeordneten, das es das erste Mal ist, das sie sich mit Vertreterinnen von NHRC getroffen haben, um über die Gewalt und die Straflosigkeit, die weiterhin in Ciudad Juarez herrschen, zu reden. Im Oktober 2007 hatten diese Abgeordneten eine Reise nach Mexiko unternommen, die sie auch nach Ciudad Juarez führte. Diesen Besuch nutzten lokale und überregionale Medien, um falsche Informationen zu verbreiten und die Arbeit von NHRC zu diffamieren. Die Euro-

schenrechtsbeobachterInnen. +++ 8.Februar: Freilassung von Eliseo Silvano Jiménez und seinem Sohn Eliseo Silvano Espinoza auf Druck von Menschenrechtsorganisationen +++ 15.Februar: Internationaler Aktionstag unter dem Motto: „Schluss mit der Repression in Chiapas!“, „Solidarität mit den Zapatistas!“ Aktionen in Berlin, Bremen, Frankfurt, Kiel, Marburg, Münster, sowie Argentinien, Griechenland, Italien, Spanien und Uruguay +++ 21.Februar: 5 Polizisten und ein Agent des Militärgeheimdienstes Cisen dringen in Bolon Ajaw ein und werden dann von den Einwohnern vertrieben. Später werden diese in der Presse bezichtigt, die Polizisten und einen Journalisten misshandelt zu haben, angeführt von Menschenrechtsbeobachtern. +++ 28.Februar: 14 politische Gefangene in Cintalapa, Chiapas treten „auf

päerInnen wurden im Fernsehen deutsch sprechend gezeigt. Die gleichzeitige Übersetzung stimmt jedoch nicht mit den Erklärungen überein, welche die Deutschen in diesem Moment abgaben. „Sie nutzten die Situation sehr gut aus, um die Kampagne fortzusetzen, die versucht, uns unsere Kraft zu nehmen.“ sagt Marisela Ortiz.

Die Aktivistin versichert, das die Übersetzung lautete: „Wir sind desillusioniert von der Organisation Nuestras Hijas de Regreso a Casa, weil sie uns in Deutschland übertriebene Zahlen der Überfälle gaben. Wir haben erwartet nach Ciudad Juarez zu kommen und uns mit überfallenen und wohnungslosen Frauen zu treffen. Wir gehen in der Überzeugung, dass die Regierung ihre Arbeit gut macht. Wir haben festgestellt, das sie das Problem bereits gelöst hat und das Schluss mit der Straflosigkeit ist.“

Sicherlich haben sich weder die Medien noch die Regierung, die dieses Spiel gespielt haben, vorgestellt, dass die ParlamentarierInnen etwas von dieser Täuschung erfahren. „Selbstverständlich haben wir es übernommen, dafür zu sorgen, dass sie erfahren, was passiert ist“ sagt Ortiz. Bisher hat sich die mexikanische Regierung nicht zu dem Vorfall geäußert. UnterstützerInnen haben in mehreren Zeitungen in Ciudad Juarez eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, um den Vorfall richtig zu stellen.

Das Ausmaß des Grauens sichtbar machen

Gegen die Verharmlosung der Gewalt wendet sich eine Kunstaktion, welche anlässlich des internationalen FrauenLesbenkampftages am 8. März in Ciudad Juarez begonnen hat. Mittels eines 1200qm großen begehbaren Stadtplans, auf welchem die Fundstellen

der ermordeten Frauen und Mädchen mit Fahnen markiert sind, wird gegen die Frauenmorde protestiert und deren Ausmaß aufgezeigt. Der Stadtplan des Künstlers Leobardo Alvarado ist Teil eines langfristig angelegten Projektes des Netzwerkes Movimiento Pacto por la Cultura gegen die in der Stadt vorherrschende Kultur der Gewalt.

Im Anschluß soll sie an sechs weiteren öffentlichen Orten innerhalb von Ciudad Juarez gezeigt werden und steht dann anderen Städten zur Verfügung. Da insbesondere die hohen Kosten für die bedruckte Vinylbasis des Stadtplans und die 1025 Fahnen noch nicht abgedeckt sind werden dringend Spenden benötigt.

Spenden bitte an: Carea e.V. Postbank Frankfurt Konto-Nr. 753 671 607 BLZ 500 100 60 Stichwort „Ciudad Juarez“

Autorin: durita

Seite der NHRC: www.mujeresdeJuarez.org

Organisation in Frauenräumen bleibt unerlässlich

Rückblick auf das Europaweite FrauenLesben-Treffen

Mehr als 70 FrauenLesben aus mindestens zehn verschiedenen Ländern trafen sich vom 29.12.07 bis 02.01.08 in Freiburg zum Europaweiten FrauenLesben-Treffen, um zu diskutieren, sich auszutauschen und gegenseitig voneinander zu lernen.

Die Inspiration zu dem Treffen hatten die Zapatistinnen gegeben, als sie im letzten Sommer zu einem weltweiten Frauentreffen in Chiapas aufriefen, bei dem sie über ihre Selbstorganisation und ihren Kampf erzählen wollten. Dieses fand vom 28.12.2007 bis 1.1.2008 im autonomen Verwaltungs- und Kulturzentrum La Garrucha statt. Durch diese Initiative wurden Frauen in Europa inspiriert, sich zeitgleich zu treffen, denn Widerstand heißt in erster Linie, sich dort zu organisieren wo wir leben.

Der Aufruf richtete sich an alle rebellischen Frauen, die links unten für eine freie Gesellschaft, ohne Herrschaftsstrukturen, wie sie insbesondere vom Patriarchat ausgehen, kämpfen. So waren Frauen mit sehr unterschiedlichen politischen Hintergründen und Erfahrungen anwesend. Einige sind in der FrauenLesben-Szene aktiv, andere kommen aus queeren Zusammenhängen, weitere, deren politischer Schwerpunkt in der Antiglobalisierungs-Bewegung liegt und die sich auch in gemischten Gruppen organisieren.

In verschiedenen Workshops wurden inhaltliche und praktische Erfahrungen

ausgetauscht. So wurde sich mit der Geschichte der feministischen Frauenbewegung befasst, Ideen und Möglichkeiten von Soliarbeit und Vernetzung mit Frauen in anderen Ländern erarbeitet und über die Situation von Frauen in Mexiko berichtet. Kontrovers wurden Themen wie Dekonstruktion von Geschlecht, zum Umgang mit sexualisierter Gewalt (in linken Strukturen) und Gewaltprävention diskutiert. Große Resonanz erfolgte auf den Vortrag zur Geschichte der Roten Zora, der einzigen FrauenGuerilla in der BRD.

In praktischen Workshops wurden Fähigkeiten und Wissen zu Computer, Stencil, Samba als Aktionsform, Verhütung usw. ausgetauscht. In einem Radio Workshop, der in Zusammenarbeit mit Frauen des nichtkommerziellen Radio Dreyeckland stattfand, wurde eine Sendung zum FrauenLesbenTreffen produziert. Das Treffen fand hauptsächlich in den Räumen des FrauenLesbenZentrums und der KTS statt.

Beeindruckend war, dass sich zum einen seit langen mal wieder Frauen aus unterschiedlichen Zusammenhängen getroffen haben und auch für kontroverse Themen Raum war, die zu einem Austausch und Begegnungen führte und nicht zu Frustration und Ausschluss. Ebenso wurde die generationsübergreifende Vernetzung als sehr positiv empfunden. Es waren zwischen 20 und 60 Jahren sämtliche Altersstufen in gleichem Maße vertreten.

Mit einer Aktion am 31.12. zum Thema Bleiberecht wurde geballte Frauenpower in Freiburgs Fußgängerzone getragen. Unterstützung kam dabei von der Samba Band „Sambasta“, der es gelang, die Erfahrungen aus dem Workshop gleich praktisch umzusetzen.

Leider war es nicht gelungen, verstärkt auch Migrantinnen anzusprechen. Zwar nahmen auch Frauen aus Uganda, der Türkei und Kolumbien an dem Treffen teil, jedoch wäre es wünschenswert gewesen, wenn auch gerade Frauen, die in Freiburg leben, verstärkt an den Workshops und Veranstaltungen teilgenommen hätten. Aufgrund der Dichte des Programms wurde leider auch wichtigen Themen wie Antifaschismus und Rassismus wenig Raum gegeben. Diese Aspekte werden jedoch bei dem nächsten Treffen verstärkt berücksichtigt werden. Als ein Ergebnis des Treffens entstand eine Website, um sich europaweit besser zu vernetzen und Themen auszutauschen.

Das Treffen zeigte, dass die Organisation in reinen Frauenräumen nach wie vor unerlässlich ist, dass eine Vernetzung über Ländergrenzen hinaus ausgebaut werden muss und dass die feministische Bewegung keinesfalls an Aktualität oder Bedeutung verloren hat. Sämtliche Teilnehmerinnen sahen das Treffen als Erfolg und äußerten den Wunsch nach einer Fortsetzung.

Frauen aus dem Orga-Team des rebeldiademujeres-Kollektiv

unbestimmte Zeit“ in Hungerstreik. Sie fordern die Rückziehung ihrer Anklagen durch das Justizministerium und die „Wiederherstellung ihrer Rechte“ +++ 10. März: In ihrer Abschlusserklärung macht die CCIODH die Regierung von Felipe Calderón "voll verantwortlich für die extrem kritische Menschenrechtssituation in Mexiko". +++ 12. März: Der Hungerstreik der Gefangenen hat sich auf nunmehr 38 Teilnehmende und 10 fastende Unterstützer ausgeweitet. +++ 18. März: Zacario Hernández Hernández, politischer Gefangener, wird nach 35 Tagen Hungerstreik freigelassen +++

Diego Arcos ist frei!

Ungerechtigkeit, Strafflosigkeit und internationale Solidarität

Freiheit für Diego Arcos – so stand es auf den Postkarten mit dem hinter Gittern verborgenen Gesicht zu lesen. Dieses Bild steht für die Geschichte von Diego Arcos Meneses, ein Ch'ol Indígena, der zu Unrecht verhaftet und der nun auf nationalen wie internationalen Druck hin tatsächlich freigelassen wurde.

Ihm wurde vorgeworfen, für das Massaker von Viejo Velasco (Bezirk Ocosingo) am 13. November 2006 verantwortlich zu sein; er soll vier BewohnerInnen der Gemeinde umgebracht haben, obwohl er zur Tatzeit nicht vor Ort war. Am 4. Dezember 2007 wurde er aufgrund der unzureichenden Beweisgrundlage freigesprochen. Die tatsächlich Verantwortlichen sind immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen worden.

Ein Massaker und ein politischer Gefangener

Am 13. November 2006 griffen 300 schwer bewaffnete Personen das Dorf Viejo Velasco im Bezirk Ocosingo (Chiapas) an. Unter den Angreifern befanden sich Angehörige der Sektorpolizei und der Behörde für Öffentliche Sicherheit sowie BewohnerInnen der Gemeinde Nueva Palestina. Resultat des Angriffs waren sechs Tote und zwei Verschwundene, wobei zwei der Leichen erst im Juli 2007 in der Nähe des Dorfes gefunden wurden. (Zu den Hintergründen dieses Angriffs siehe auch den Artikel "Naturschutz gegen Menschen" in diesem Heft)

Diego Arcos Meneses wohnt in Nuevo Tila, in der Nachbarschaft von Viejo Velasco. Er gehört der sozialen Organisation Xi'N'ich an und hält die Ämter des Katechisten, Gemeinderepräsentanten und Gesundheitsbeauftragten in seiner Gemeinde inne. Seine Position als politisch aktiver Bewohner von Nuevo Tila, der mit den Zapatistas aus seinem Ort zusammenarbeitet, war nach seiner eigenen Aussage mit ein Grund für seine Verhaftung.

Schon am Tag des Massakers kamen die ersten Flüchtlinge aus Viejo Velasco nach Nuevo Tila, um Schutz zu suchen. Diego Arcos begab sich am Tag nach dem Überfall mit seiner Frau und einem Enkelkind in das Nachbardorf Viejo Velasco, um gemäß seinen Ämtern Erste Hilfe zu leisten und sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Bei seiner Ankunft wurde er von PolizistInnen aufgehalten. Später erzählte Diego Arcos,

dass eine Flucht für ihn aufgrund der Anwesenheit seiner Frau und seines Enkelkindes ausgeschlossen war. Er wurde gezwungen eine der Leichen zu einem Polizeihubschrauber zu tragen und verhaftet. Trotz physischer und psychischer Folter, darunter Schlägen ins Gesicht und Drohungen, ihm eine Plastiktüte überzustülpen, weigerte er sich, ein falsches Geständnis zu unterschreiben.

Einer Vertreterin der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko, die ihn im Gefängnis von Palenque besuchte, berichtete Diego Arcos, dass er in den folgenden 13 Monaten seiner Haft zusammen mit zehn anderen Häftlingen in einer ca. 3x4 Meter großen Zelle lebte. Fünf der Inhaftierten schliefen auf Ze-

angezogen. Die Ch'ol-Indígena benannte klar die Angreifer von Nuevo Palestina als Verantwortliche des Massakers. Ihre Aussage auf Ch'ol wurde bewusst manipuliert, um sie gegen Diego Arcos Meneses zu verwenden.

Gründliche und unparteiische Untersuchungen der Ereignisse und die Identifizierung sowohl der Auftraggeber als auch der direkten Angreifer bleiben weiterhin aus. Der Fall von Viejo Velasco ist somit ein weiteres Beispiel für den Krieg niederer Intensität gegen nicht-regierungstreue indigene Gemeinden und die Kette von Strafflosigkeit in Chiapas.

Dank für die Unterstützung

Diego Arcos Meneses dankte für die Unterstützung, die er von nationalen und internationalen Organisationen erfuhr. Schon beim oben erwähnten Besuch war er sichtlich gerührt über die weltweite Aufmerksamkeit, die sein Fall bekam.

So setzte sich die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko vehement für die Aufklärung des Überfalls und die Freilassung von Diego Arcos ein. Im April und Mai 2007 übergaben UnterstützerInnen über 800 Unterschriften für seine Freilassung an die mexikanische Botschaft in Berlin. Verschiedene ParlamentarierInnen des Bundestages und des Europaparlaments wurden informiert. Im September und Oktober 2007 startete die oben erwähnte Postkarten-Aktion, unter Mithilfe der Zeitschriften *ila*, *iz3w*, *Lateinamerika-Nachrichten* und *Correos*. Stapelweise landeten die Karten mit der Forderung nach der Freilassung von Diego Arcos und der Aufklärung des Überfalls auf Viejo Velasco in den mexikanischen Botschaften. Diese Aktivitäten und der Besuch im Gefängnis liefen in Zusammenarbeit mit Organisationen vor Ort ab, darunter das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas und die Gesundheitsorganisation SADEC, die auf der mexikanischen Seite juristische wie politische Hebel für die Freilassung in Bewegung setzten.

Genauso wie dieser Fall exemplarisch für die instrumentalisierte Justiz Mexikos und die mörderische Politik der mexikanischen Regierung ist, so beweist er letztendlich, wie viel ein gemeinsames, länderübergreifendes Engagement bewegen kann. Dies sollte uns Mut geben, uns weiterhin öffentlich gegen solche Ungerechtigkeiten auszusprechen und zu mobilisieren. La lucha sigue!



mentbetten, die anderen fünf auf dem Boden. Lesen und Schreiben wurde den Häftlingen verboten. Die Mahlzeiten bestanden aus Wasser, Brot, Bohnen und Reis, manchmal Fleisch, zudem musste das Wasser gekauft werden. Als sehr unangenehm empfand Diego Arcos Meneses die Anwesenheit eines Häftlings, der einer paramilitärischen Vereinigung zugeordnet wird und aus der Gemeinde der Aggressoren, Nuevo Palestina, stammt.

Die Mörder werden geschützt

Auf einer Pressekonferenz am Tag nach seiner Freilassung unterstrich Diego Arcos die Forderung nach Gerechtigkeit für die Toten und Verschwundenen des Massakers von Viejo Velasco, die mit seiner Freilassung nicht hinfällig geworden ist.

Im Gegenteil: Durch die Freilassung wird deutlich, dass die vermeintlichen Beweise gegen Diego fabriziert wurden, um die Schuldigen des Massakers zu schützen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Ungereimtheiten bei der Ermittlung und der juristischen Aufklärung. So wurde beispielsweise die Anklage der Mutter von einem der Opfer aus Viejo Velasco gegen Diego Arcos Meneses her-

Die Netzwerke sind lebendig

Internationaler Aktionstag gegen die Repression in Chiapas am 15./16.2.2008 - Solidaritätskundgebungen in Europa und Lateinamerika

Anlässlich des 12. Jahrestages der Unterzeichnung der Abkommen von San Andrés über indigene Rechte - die bis heute nicht von der mexikanischen Regierung umgesetzt wurden - fanden in zahlreichen Städten Europas und Lateinamerikas Kundgebungen in Solidarität mit der zapatistischen Bewegung in Chiapas statt.

In Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Kiel, Marburg und Münster/Westfalen gab es Protestkundgebungen und andere Aktivitäten in Solidarität mit der zapatistischen Bewegung in Chiapas.

Die zentralen Forderungen an die mexikanische Regierung lauteten:

1. Die sofortige Einstellung jeder Art von Aggressionen gegen die zapatistischen und andere rebellische Gemeinden!
2. Den sofortigen Rückzug der Militärlager aus Chiapas und die sofortige Einstellung des Aufstandsbekämpfungskrieges gegen die indigenen zapatistischen Gemeinden!
3. Die Beendigung der Zusammenarbeit von paramilitärischen Organisationen wie der OPDDIC mit der mexikanischen Armee und der Polizei, sowie die Bestrafung der für Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Täter!
4. Die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!
5. Die definitive Annullierung aller beabsichtigten gewaltsamen Räumungen im indigenen Gebiet von Chiapas!
6. Die Respektierung der indigenen Autonomie!
7. Keine Tourismusprojekte auf Kosten von Mensch und Natur!

Die DemonstrantInnen vor dem mexikanischen Konsulat in Frankfurt/Main erklärten die Hintergründe der Proteste wie folgt: „Die gewaltsame Durchsetzung des neoliberalen Konzeptes in Mexiko ist nur mit finanzieller, militärischer und politischer Unterstützung der reichen Länder des Nordens möglich, allen voran die Europäische Union und die USA. Die Abkommen zwischen EU und Mexiko besagen ausdrücklich, daß die Umsetzung der Verträge im Sinne der UN-Menschenrechtskonvention geschehen muß, daß weiterhin Eingriffe in die Lebenssituation der indigenen Bevölke-

rung nur mit Zustimmung der selben möglich sind. Trotzdem werden die Menschen dort vertrieben, angegriffen, verletzt und getötet, weil sie den fatalen neoliberalen Projekten im Wege sind. Die Menschenrechtsklauseln der Verträge der EU mit Mexiko sind - wie sich dieser Tage und Wochen zeigt - das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben sind!“

Weitere Solidaritätsaktivitäten wurden in Argentinien, Costa Rica, Griechenland, Italien, Spanien und Uruguay durchgeführt.

Die große Resonanz auf den Aufruf belegt, dass die Solidaritätsnetzwerke lebendig sind und funktionieren. Die mexikanische Tageszeitung La Jornada sowie die unabhängigen und alternativen Medien berichteten ausführlich über



Vor den Botschaften Mexikos in Argentinien...

die Kundgebungen.

Einige der beteiligten Gruppen und weitere Organisationen - vor allem aus Europa - arbeiten nun an einer globalen Solidaritätskampagne, die u.a. Delegationsreisen, verstärkte Menschenrechtsbeobachtung vor Ort, Aktionen im Tourismussektor, Protest- und Informationsveranstaltungen und Pressearbeit umfassen soll.

Luz Kerkeling, Chiapas, 17.3.2008



...und Berlin wurde demonstriert.

Fotos: indymedia / ya-basta-netz

Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas/Mexiko und Guatemala

Ungeachtet der 1996 in San Andrés zwischen EZLN und Regierung getroffenen Autonomievereinbarungen hat sich die Lage der zapatistischen Gemeinden im Land weiter verschärft. Noch immer ist Chiapas die am stärksten militarisierte Region Mexikos, die zunehmend stärker unter Kontrolle paramilitärischer Gruppierungen gerät.

Seit 1998 das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas anfragte, ist CAREA e.V. in der Ausbildung und Entsendung von Freiwilligen für die zivilen Friedenscamps in Chiapas aktiv.

Mittlerweile mehr als 10 Jahre nach Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen Regierung und Guerrilla harren die auch von der UNO als Genozid klassifizierten Menschenrechtsverbrechen vor allem der Jahre 1981-83 nach wie vor ihrer juristischen Aufarbeitung. Deshalb sind ständig internationale Begleiter in Guatemala, welche den Zeugen der angestrebten Prozesse als auch Landlosenorganisationen und bedrohten Menschenrechtsverteidigern Sicherheit vor Repression durch Beobachtung und Dokumentation bieten sollen. Seit 2004 bildet CAREA e.V. auch hierfür wieder Freiwillige aus.



Die nächsten Vorbereitungsseminare für die Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas finden vom 22. - 25. Mai und vom 12. - 15. Juni 2008 in der Nähe von Kassel statt. Mehr Infos, auch zur Zeugenbegleitung in Guatemala, unter www.buko.info/carea oder per email an carea@gmx.net.

"Naturschutz" gegen Menschen

Vertreibungen in den Montes Azules Teil einer globalen Erscheinung

Das positive Image von „Naturschutz“ wird kaum hinterfragt. Schutzgebiete, Nationalparks und Biosphärenreservate genießen in der Öffentlichkeit einen guten Ruf und beanspruchen inzwischen knapp 13% der globalen Landfläche. Doch die heutigen Schutzgebiete waren in der Vergangenheit keineswegs menschenleere Räume.

Allein in Afrika wurden nach Hochrechnungen schätzungsweise 14 Millionen Menschen vertrieben oder zwangsumgesiedelt, um Platz für Naturschutzgebiete zu schaffen. Das seit kurzem bestehende Projekt Global Conservation Evictions dokumentiert weltweit konkrete Fälle von Vertreibungen. Bis Februar 2007 wurden dort bereits die Fälle von anderthalb Millionen Opfern von „Naturschutz“-Maßnahmen nachgewiesen.

Schutzgebiete als Ausgleichsflächen für eine zerstörerische Wirtschaft

Neben dem mit den Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen verbundenen menschlichen Leid besteht der Skandal darin, dass Naturschutzgebiete gewissermaßen globale Ausgleichsflächen für naturzerstörerisches kapitalistisches Wirtschaften sind. Für die Eliten des Nordens hat die Eindämmung des Regenwaldverlusts im Gegensatz zur lokalen Bevölkerung keine existentielle, sondern strategische Bedeutung. Durch den Wachstumszwang kapitalistischen Wirtschaftens werden Umwelt, Klima und Naturräume in globalem Maßstab zerstört. Zugleich versuchen Pharma- und Biotechnologiekonzerne mittels "Naturschutz" sich ein Stück des schwindenden Kuchens für später zu reservieren. Sie kommen mit der Wertschöpfung nicht in dem Maße hinterher, wie Holzindustrie und Erdölkonzerne sowie der vom

westlichen Lebensstil verursachte Klimawandel die biologische Vielfalt zerstören. Die "Rettung" der Biodiversität wird – in Form von Entwicklungszusammenarbeit – zur staatlichen Aufgabe, getreu dem Prinzip, Aufwendungen zu sozialisieren und (spätere) Gewinne zu privatisieren.

Politisch korrekter Kahlschlag

Dies trifft auch auf die Selva Lacandona zu, die mit einer Fläche von 18 000 km² der Größe Sachsens entspricht. Vor hundert Jahren war das Gebiet der Selva tatsächlich so gut wie menschenleer, was allerdings kein "natürlicher Zustand", sondern dem Genozid geschuldet war, den die spanischen Eroberer an der indigenen Bevölkerung verübt hatten. Die letzten Lacandones (nicht zu verwechseln mit den heutigen Neolacandones), wurden, historischen Aufzeichnungen zufolge, im 18. Jahrhundert von den Spaniern ermordet. Die weitestgehend menschenleere Gegend wurde dann von der mexikanischen Regierung in den 50er und 60er Jahren als Ventil für die stecken gebliebene Landreform genutzt bzw. jenen Bevölkerungsteilen als Ersatzfläche angeboten, deren Land durch die Erdölproduktion verwüstet worden war.

Im Jahr 1974 schließlich wurde den Neolacandones, konkret 66 Familien, per Dekret rund ein Drittel der Selva Lacandona (6 134 km²) übereignet – mit der Maßgabe, dass sie den Schutz der natürlichen Ressourcen übernehmen sollten. Das Dekret von Präsident Echeverría ignorierte dabei den Tatbestand, dass sich in den Jahrzehnten zuvor auf diesem Territorium mindestens 3000 Tzeltal- und Chol-Familien angesiedelt hatten, und zwar mit Genehmigung der früheren Regierungen. Darüber hinaus erklärte Echeverría, internationalem Druck nachgebend, im März 1978 rund ein Sechstel der Selva Lacandona (3 312 km²) zum "Biosphärenreservat Montes Azules".

Die eigentliche Funktion der Neolacandones bestand jedoch eben gerade nicht im „Schutz der natürlichen Ressourcen“.

Ende Mai 2008 findet in Bonn die 9. Nachfolgekonferenz über das UNO-Abkommen zur Biologischen Vielfalt statt. Die Bundesregierung hat für diese Konferenz den Begriff "UN-Naturschutzkonferenz" gewählt.

Kritische Gruppen vermuten, dass mit der Wortwahl verschleiert werden soll, dass es auf dieser Tagung auch um so heiße Themen wie Gentechnik und „Patente auf Leben“ geht. Vermutlich wird darauf gesetzt, dass nur wenige Menschen um die Brisanz von „Naturschutz“ selbst wissen.

Ihre Anwesenheit sollte dem illegalen Holzeinschlag, den das halbstaatliche Forstunternehmen COFOLASA in großem Maßstab praktizierte, den Anschein von Legitimität verleihen. Mit anderen Worten: Indem sich diese kleine, von den mexikanischen Eliten gehätschelte indigene Gruppe mit dem kommerziellen Holzraub einverstanden erklärte, trug dieser das Etikett von „Nachhaltigkeit“ und „political correctness“.

Betrügerische Behörden

Die im Biosphärenreservat Montes Azules lebenden Indígenas wurden teils von der mexikanischen Regierung selbst dorthin gebracht (siehe oben), teils wurde über viele Jahre toleriert, dass sie sich dort ansiedelten, wenn sie woanders von Vertreibung betroffen waren. Vielfach wurde ihnen jedoch die Legalisierung ihrer (kommunalen) Landrechte versagt. Dies geschah und geschieht nicht nur durch die Verschleppung bzw. Nicht-Bearbeitung ihrer Legalisierungsanträge, sondern auch mit unmittelbar betrügerischen Mitteln. Ein Bekannter des Autors, der im Rahmen eines Projekts in der Selva Lacandona arbeitet, wusste zu berichten, dass den Bewohnern von Nuevo Israel die Legalisierung ihrer Siedlung mit der Begründung versagt wurde, dass sie angeblich zu viel Land in Anspruch nähmen. Ihre Sied-



lung würde sich über 240 Hektar erstrecken und läge damit über dem regierungsseitig vorgegebenen Schlüssel für die Legalisierung im Rahmen der Landreform (die sich in Mexiko seit vielen Jahrzehnten hinschleppt). Eine Überprüfung des Sachverhalts durch die MitarbeiterInnen des Projekts auf der Basis von GPS-Technik zeigte allerdings, dass die Gemeinde in Wirklichkeit nicht auf 240, sondern nur auf 135 Hektar lebte. Auf die Zahl der in der Gemeinde lebenden Personen bezogen war das deutlich weniger als die von der Regierung vorgegebene Quote für die Legalisierung des Landes. Den staatlichen Stellen, die über Luftaufnahmen verfügen, dürfte dieser Sachverhalt sehr wohl bekannt gewesen sein. Ein juristischer Schwebezustand ist für die offizielle Seite meist sehr nützlich. Erleichtert er doch der mexikanischen Regierung, den Status quo im Bedarfsfall nach Belieben zu ändern bzw. die Gemeinden durch latente Vertreibungsdrohungen zu verunsichern.

Staat und Paramilitärs Hand in Hand

Seit den 1970er Jahren sind Landkonflikte, Vertreibungsandrohungen und Vertreibungen ein Dauerthema in den Montes Azules. Nach dem Aufstand der Zapatistas wurde dieser Zustand von der mexikanischen Regierung in die Strategie der Aufstandsbekämpfung integriert. Laut einem im Januar 2008 veröffentlichten Bericht des in Genf ansässigen Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) gibt es zur Zeit in Chiapas insgesamt 5 500 intern vertriebene Menschen, zuzüglich einer vermutlich hohen Dunkelziffer. Das IDMC kommt auf der Basis eigener Recherchen vor Ort und unter Bezugnahme auf Dokumente vom Centro de Analisis Politico e Investigaciones Sociales e Economicas (CAPISE) sowie dem Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas zu der Schlussfolgerung, dass der Staat 2006 begonnen hat, in erneuter Komplizenschaft mit paramilitärischen Gruppen, indigene Gemeinden systematisch zu vertreiben. Dabei spielen die Neolacandonen sowie die unter der Abkürzung OPDDIC (Organización para la Defensa de los Derechos Indígenas y Campesinos) bekannt gewordene Gruppe eine besonders wichtige Rolle.

Nachfolgend einige konkrete Beispiele zur Charakterisierung der aktuellen Situation in der Selva Lacandona. Am 18. August 2007 wurden die Bewohner von Nuevo San Manuel und Buen Samarito, insgesamt 39 Personen, ohne Vorwarnung gewaltsam vertrieben und ein Teil von ihnen zeitweilig inhaftiert. Nuevo San Manuel existierte seit 1999 und

Buen Samarito seit 1995. Wie in ähnlich gelagerten Fällen der Vergangenheit (Arroyo San Pablo im Dezember 2002, Nueve San Rafael im Januar 2004) erhielten die Betroffenen weder eine Kompensation für ihre zerstörten Häuser und Habseligkeiten noch wurde ihnen alternatives Land zum Leben angeboten. Zugleich kündigten die Behörden an, weitere fünf Siedlungen gewaltsam räumen zu wollen.

In das Dorf Viejo Velasco fielen am 13. November 2006 vierzig zivil gekleidete, mit Macheten bewaffnete Personen ein, gefolgt von über 200 Uniformierten, die mit großkalibrigen Schusswaffen ausgerüstet waren und die Gemeinde umzingelten. Nach der Attacke wurde das Dorf von fünf Helikoptern der mexikanischen Sicherheitskräfte überflogen. Die Mehrzahl der Häuser der Gemeinde wurde zerstört, zwei männliche Personen wurden getötet, eine weibliche Person vergewaltigt und anschließend ebenfalls getötet, vier weitere Personen galten seither als verschwunden. Überreste zweier ihrer Körper wurden im Juli 2007 aufgefunden. Insgesamt wurden von einer Beobachtermission 39 vertriebene Personen, darunter 8 Kinder, registriert, die ihre gesamte Habe und ihre Lebensgrundlage verloren. Dabei war Viejo Velasco eine von jenen 28 Gemeinden der Selva Lacandona, denen im Rahmen einer Übereinkunft aus dem Jahr 2005 sowohl von den Behörden des Bundesstaates Chiapas als auch von den mexikanischen Bundesbehörden zugesagt worden war, dass die Landrechte geklärt werden sollten.

Grobe Verletzung internationaler Abkommen

Die 6. Internationale Zivile Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte (CCIODH) kommt nach ihrem Anfang 2008 durchgeführten Besuch in Chiapas zu der Schlussfolgerung: „Jedes Regierungsprogramm zur ökonomischen und sozialen Entwicklung bedarf eines Konsenses mit den wahrhaft repräsentativen sozialen Sektoren. Falls diese die Interessen der indigenen Völker betreffen, muss zwangsläufig deren vorherige freie und informierte Zustimmung eingeholt werden, so wie es die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Indigenen Völker verlangt.“ Das „Regierungsprogramm zur ökonomischen und sozialen Entwicklung“ umfasst auch den Schutz der biologischen Ressourcen in den Montes Azules. Dieser „Schutz“ erfolgt unter grober Verletzung der von Mexiko ratifizierten Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der am 13. September 2007 verabschiedeten UNO-Deklaration über



Seit Jahren von Vertreibung bedroht: Zapatistinnen in Amador Hernandez

die Rechte Indigener Völker. Während die mexikanischen Behörden einerseits diese völkerrechtlichen Vereinbarungen verletzen, kommen sie nach Einschätzung des IDMC (2008) mit den gewaltsamen Vertreibungen andererseits den Wünschen der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank nach, die daran interessiert sind, transnationalen Unternehmen den Weg zur Ausbeutung der Biodiversität dieser Region zu ebnen.

Ganz in diesem Sinne spitzt die mexikanische Regierung die Situation immer weiter zu, indem sie stets neue Flächen zu „Naturschutzgebieten“ erklärt. Es scheint sie nicht zu stören, dass in Chiapas (und anderen Bundesstaaten) zahlreiche ungelöste Landkonflikte existieren. Das chiapanekische „Netzwerk für die Verteidigung von Land und Territorium und gegen die Enteignungen in der Selva Lacandona“ erklärte dazu am 9. Mai 2007: „Heute, unter den Regierungen von Felipe Calderón und Juan Sabines¹, wurde diese Offensive gegen das legitime Recht auf Land und Territorium der verschiedenen indigenen Völker und Campesino² Gemeinden, auf rohe und unverblünte Weise entfesselt“. Einen Tag zuvor war ein Präsidentenerlass veröffentlicht worden, der eine Fläche von 14 960 Hektar zu einem neuen Naturschutzgebiet deklarierte. Formal ist diese Fläche Teil des Territoriums, das den Neolacandonen 1978 vom damaligen Präsidenten Echeverría übereignet wurde (siehe oben). Real leben in diesem Gebiet jedoch zahlreiche andere indigene Gemeinden. Konkret heißt dies, dass die Neolacandonen mit umgerechnet über 4 Millionen EUR entschädigt werden, während die auf diesem Flecken Erde lebenden Gemeinden ihre Existenzgrundlage verlieren und vertrieben werden sollen.

Vom Aspekt der Aufstandsbekämpfung abgesehen ist der Druck, den internationale Banken und „Entwicklungs“agenturen in Sachen Naturschutz ausüben jedoch kein mexikanischer Sonderfall. Im Mai 2006 publizierte die Global Envi-



ronmental Facility (GEF, die Naturschutzabteilung der Weltbank) eine Selbstanalyse in der eingestanden wurde, dass es bei den Projekten zum Biodiversitätsschutz – wie es die GEF zurückhaltend formuliert – „eine einseitige Orientierung auf Schutzgebiete gab“. Das heißt, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die dort ursprünglich lebende Bevölkerung einschließlich der in den Randzonen der Schutzgebiete angesiedelten Menschen wurden ungenügend berücksichtigt. Dieser einseitige Fokus brachte in vielen Fällen negative Auswirkungen für die Nutzer lokaler Ressourcen mit sich.

Zerstörung der Lebensgrundlagen

Die GEF versuchte ihre sanfte Selbstkritik zusätzlich mit dem Hinweis abzuschwächen, dass sich ihre Analyse auf Projekte bezog, die zwischen 1991 und 2000 durchgeführt wurden. Danach sei alles besser geworden, wie die Untersuchung einer kleinen Stichprobe jüngerer Projekte zeige, in der sich die neue Prioritätensetzung der GEF beim Biodiversitätsschutz widerspiegle.

Taylor und Griffiths vom Forest Peoples Programme unterzogen diese Behauptung der GEF einer kritischen Analyse indem sie 23 mittlere bis große Biodiversitätsprojekte aus den Jahren 2005 und 2006 betrachteten, die GEF in zehn Ländern durchführte. Dabei kamen sie zu der Schlussfolgerung, dass in die-

sen Projekten indigene Rechte oberflächlich oder juristisch nicht fundiert behandelt, nur bei 2 der 23 Projekte das Recht auf vorherige freie und informierte Zustimmung (Prior Informed Consent) zumindest erwähnt und bei weniger als 20% der Projekte eine gründliche soziale Bewertung im Zuge der Projektvorbereitung durchgeführt wurde. Obwohl nicht erkennbar war, dass seitens der GEF Gelder für Zwangsumsiedlungen direkt vorgesehen sind, wird es als möglich eingeschätzt, dass diese Gelder trotzdem Teil der Projekte sind – nämlich als projektbezogene Aktivitäten, die von anderen Geldgebern finanziert werden. Darüber hinaus wurden in mehreren Projekten subsistenzwirtschaftliche³ Aktivitäten als Bedrohung für die Biodiversität definiert.

Die Lebensgrundlagen und Subsistenzstrategien in ländlichen Gemeinden der Länder des Südens basieren ganz wesentlich auf dem Zugang zu spezifischen lokalen Ressourcen – Weideland, Früchte, Heilpflanzen, Feuerholz. Das Ziel von Schutzgebieten und Nationalparks ist es jedoch, den Zugang zu genau diesen Ressourcen zu begrenzen oder gänzlich zu unterbinden. Das führt letztendlich zur Zerstörung der Lebensgrundlagen der sich ursprünglich selbst versorgenden ländlichen Gemeinden. Das Ergebnis sind Abhängigkeit von Hilfsprogrammen und die Notwendigkeit, die eigene Arbeitskraft billig zu verkaufen.

Autor: Klaus Pedersen

Angaben zu den zitierten Quellen stehen auf Anfrage zur Verfügung (klaus.pedersen@gmx.net)
Fußnoten:

- (1) Felipe Claderón: seit 2006 Präsident Mexikos;
Juan Sabines: Gouverneur von Chiapas
- (2) Campesinos: Kleinbauern
- (3) Subsistenzwirtschaft: vorrangig auf Selbstversorgung ausgerichtete Landwirtschaft

graswurzel revolution



Monatszeitung für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Gesellschaft

„...die Graswurzelrevolution ist ...
höchst lebendig - sowohl auf Papier
gedruckt als auch im Internet präsent.“
(taz, 17.03.07)

Jahresabo: 30 Euro (10 Ausg.)
Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausg.)
* ... verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo.
Kündigung jederzeit möglich.

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
Tel.: 02440/959250 abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

Ya Basta Netz

lädt ein zum
nächsten
Netztreffen
"un mundo donde
quepan
muchos mundos"

**22.-25. Mai
2008
bei Giessen**

ya-basta-kontakt@riseup.net
ya-basta-netz.de.vu

10 Jahre nach dem Massaker

Forderung der Opfer nach Gerechtigkeit bleibt aktuell

Der zehnte Jahrestag des Massakers von Acteal gab Anlass für ein landesweites Treffen gegen Straflosigkeit. Denn noch immer sind die geistigen Urheber straf-frei, die unmittelbaren Täter noch nicht rechtskräftig verurteilt. Zudem mehren sich die Versuche, das Massaker auf „Konflikte zwischen Dörfern“ zurückzuführen. Für die Opfer ist jedoch klar, dass die Ereignisse des 22. Dezember 1997 in Acteal nur im Rahmen der Aufstandsbekämpfung zu verstehen sind.

Unter den TeilnehmerInnen waren VertreterInnen der wichtigsten Menschenrechtsorganisationen Mexikos, der ehemalige Bischof des Bistums San Cristóbal, Samuel Ruiz, sowie mehrere Hundert Menschen aus ganz Mexiko und anderen Teilen der Welt.

Der erste Tag war geprägt von verschiedenen Redebeiträgen, so zur aktuellen Situation der Einhaltung der Menschenrechte in Mexiko und zu Strategien der Organisationen, um Menschenrechtsverletzungen bekannt zu machen. Dies vor allem im Hinblick auf eine sich abzeichnende Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Mexiko.

Später erklärte die Anwältin von Frayba, die die Opfer vor Gericht vertritt und sich seit Jahren für die Verurteilung der Täter sowie der geistigen Urheber einsetzt, den aktuellen Stand der juristischen Aufarbeitung des Falls Acteal. Am zweiten Tag wurden in Kleingruppen, aufgeteilt nach den Regionen Mexikos sowie einer Gruppe, die sich aus internationalen TeilnehmerInnen zusammensetzte, Strategien und Maßnahmen diskutiert, wie die Erinnerung der Opfer im öffentlichen Bewusstsein wach gehalten werden und wie dazu beigetragen werden könne, die Straflosigkeit zu beenden.

Der Jahrestag verlief in Anwesenheit der ehemaligen Bischöfe Samuel Ruiz und Raúl Vera, sowie des aktuellen Bischofs Felipe Arizmendi. Überlebende des Massakers kamen ebenso zu Wort wie VertreterInnen der „Abejas“ und der amtierende Bischof. Begleitet wurden die Feierlichkeiten vom Chor von Acteal und einem traditionellen Orchester.

45 Morde in drei Stunden - und die Polizei sieht zu

Wofür steht Acteal? Am 22. Dezember 1997 wurde in dem Dorf von ca. 325 Pa-



"Acteal: - fordert Gerechtigkeit - offene Wunde - nicht gelöster Fall"

Foto: indymedia uruguay

ramilitärs ein mehrstündiges Massaker verübt, bei dem außer mehreren Verletzten auch 45 Menschen starben. Die Mehrzahl unter ihnen waren Frauen und Kinder, davon vier schwangere Frauen. Während des Massakers befand sich die lokale Polizei 200 Meter vom Tatort entfernt, ohne einzuschreiten. Die Opfer hatten sich zum Beten und Fasten für den Frieden in dem Flüchtlingslager Los Naranjos zusammengefunden, das in Acteal errichtet worden war. Sie gehörten der 1992 gegründeten Organisation "Las Abejas" an, die stark christlich geprägt und pazifistisch ausgerichtet ist und für die Rechte der indigenen Völker und deren Selbstbestimmung kämpft. Dabei unterscheidet sie sich im wesentlichen nur in den Mitteln vom Kampf der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) und ihren UnterstützerInnen.

Höhepunkt des Kriegs niederer Intensität

Entgegen der später von staatlicher Seite verbreiteten Version, dass die Ereignisse Folge innerkommunitärer und religiöser Konflikte gewesen seien, war das Massaker von Acteal trauriger Höhepunkt einer von der mexikanischen Regierung seit 1995 umgesetzten Strategie der Aufstandsbekämpfung. Wenngleich deren zentrales Ziel die Zermürbung der zivilen Unterstützungsbasis der EZLN (und in der Folge die Ergreifung ihrer politisch-militärischen Führungsebene) war und ist, so waren doch seit Anwendung der entsprechenden Maßnahmen

immer auch AnhängerInnen oppositioneller Parteien und regierungsunabhängiger Organisationen von den Repressionen betroffen. Zentraler Bestandteil des Konzepts, dessen Umsetzung auch als Krieg niederer Intensität bezeichnet wird, ist die Schaffung, Ausbildung und materielle Unterstützung von in der mexikanischen Armee als "Selbstverteidigungsgruppen" bezeichneter paramilitärischer Gruppierungen. Diese bestehen in der Mehrzahl aus Indígenas, die meist aus denselben Dörfern wie die ZapatistInnen kommen, jedoch zur Regierungsseite zählen und häufig geringes Ansehen in der Gemeinde, sowie ökonomische Schwierigkeiten haben. Zunächst wurde die Aufstandsbekämpfung ab 1995 in der Nordzone von Chiapas angewandt, wo die Paramilitärs von "Paz y Justicia" ("Frieden und Gerechtigkeit") seitdem für mehrere Tausend interne Vertriebene und über hundert Morde verantwortlich sind. In der Region des Hochlandes wurde ab 1996 mit dem Aufbau paramilitärischer Gruppen begonnen. In jener Zeit nahmen auch die Konflikte zwischen regierungstreuen einerseits und oppositionellen sowie zapatistischen Indígenas andererseits auffällig zu. In den Monaten vor dem Massaker provozierten die PRIisten der Region mehrere Zusammenstöße mit den Zapatistas, in deren Folge vor allem auf Seiten letzterer mehrere Tote zu beklagen waren. Insofern gab es Alarmzeichen, die auf eine gewalttätige Zuspitzung hindeuteten, wie von verschiedenen JournalistInnen und Intel-

lektuellen schon damals und auch im Nachhinein betont wurde, ohne dass die chiapanekische oder die föderale Regierung mäßigend eingeschritten wären. Wenige Tage vor dem 22. Dezember 1997 fanden mehrere Treffen der Paramilitärs in Nachbardörfern von Acteal statt. Bei den Treffen wurde der Überfall geplant, bei dem die Gemeinde von allen Seiten eingekesselt und die Opfer mit Schusswaffen und Macheten niedergemetzelt wurden.

Die geistigen Urheber bleiben unbehelligt

Auch zehn Jahre nach dem Massaker steht eine rechtskräftige Verurteilung der Täter immer noch aus. Derzeit laufen verschiedene Prozesse gegen über 80 Indígenas, Angehörige verschiedener Polizeieinheiten und staatliche Funktionäre jener Zeit, die sich entweder durch direkte Tatbeteiligung oder unterlassene Hilfeleistung schuldig gemacht haben. Die höheren Ebenen der politischen Administration, die Ende 1997 im Amt war, sind davon jedoch nicht betroffen, wobei die Angehörigen der Opfer und die sie unterstützenden Organisationen davon überzeugt sind, dass der damalige Präsident Zedillo, sein Innenminister und Verteidigungsminister sowie die entsprechenden Funktionäre um den damals amtierenden Gouverneur Julio César Ruiz Ferro als die geistigen Urheber angeklagt und verurteilt werden müssten. Das Menschenrechtszentrum Frayba hat mehrfach betont, dass es sich bei dem Massaker aufgrund der Planung und des Tathergangs um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit handele und Zedillo als Oberbefehlshaber der Streitkräfte daher zur Rechenschaft gezogen werden müsse. Zudem, so Frayba, sei er für die Umsetzung der Aufstandsbekämpfungsstrategie verantwortlich, in deren Logik sich die Ereignisse von Acteal einordneten. Da die mexikanische Justiz bisher

keine ausreichenden Bemühungen gezeigt hat, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hat Frayba den Fall vor die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte gebracht, deren Entscheidung über die Verhandlung des Falles noch aussteht. Sollte diese positiv ausfallen, müsste sich der mexikanische Staat erstmals vor einer internationalen Instanz für Acteal verantworten.

Geschichte wird umgeschrieben

Bereits im Oktober 2007 hatte in verschiedenen mexikanischen Medien eine Kampagne begonnen, die die Ereignisse des 22. Dezember 1997 auf interkommunitäre Konflikte reduzierte, um damit die mexikanische Regierung von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Dabei stach die Artikelserie "Regreso a Acteal" ("Rückkehr nach Acteal") in der Monatszeitschrift Nexos hervor, die von vielen Medien aufgegriffen wurde. Diese brachte dem Autor Hector Aguilar Camín ein breites mediales Echo sowie verschiedene Interviews in Radio und Fernsehen ein. Die Sichtweise der Opfer hatte es da wesentlich schwieriger, lediglich einige wenige Zeitschriften sowie die größte linke landesweite Tageszeitung La Jornada boten kritischen intellektuellen ein Forum, um gegen die Verwischung staatlicher Schuld zu argumentieren. Hermann Bellinghausen, der seit über einem Jahrzehnt aus den aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas berichtet, hatte so Gelegenheit, in 21 aufeinander folgenden Artikeln ausführlich über die Entwicklung paramilitärischer Strukturen in der Hochlandregion und die staatlich unterstützte Zuspitzung in den Gemeinden Mitte der 1990er Jahre zu berichten, die schließlich in das Massaker von Acteal münden sollte. Bellinghausen war jedoch keine vergleichbare Resonanz beschieden. Ganz im Gegenteil, Hermann Belling-

hausen wurde sogar in jüngster Vergangenheit von Unbekannten bedroht und teilweise von ihnen verfolgt.

Rückkehr des Krieges?

Genau ein Jahrzehnt nach dem bisher schlimmsten Ergebnis der Aufstandsbekämpfung mehrten sich die Zeichen, die auf eine erneute heiße Phase des Kriegs niederer Intensität hindeuten. So waren um den Jahreswechsel das erste zapatistische Naturschutzreservat nahe San Cristóbal und ein weiteres zapatistisches Dorf namens "24 de Diciembre" von gewaltsamer Räumung bedroht. Am stärksten von Repressionen betroffen ist derzeit die Gemeinde Bolon Ajaw nahe den Wasserfällen von Agua Azul, wo die Mitglieder der dort paramilitärisch organisierten "Organisation zur Verteidigung der Rechte der Indígenas und Bauern" (OPDDIC) schon häufiger den da lebenden ZapatistInnen aufgelauert und mehrere von ihnen schwer verletzt haben. Allen Brennpunkten ist der Streit um Land gemeinsam, das 1994 von den Aufständischen besetzt, verteilt und seitdem bewirtschaftet wurde. Der Sprecher und militärische Kopf der EZLN, Subcomandante Insurgente Marcos, hat zudem bei einem internationalen Kolloquium in San Cristóbal Mitte Dezember 2007 erklärt, dass dies sein vorerst letzter Auftritt sei, da die momentane Entwicklung in Chiapas auf eine Rückkehr des Krieges hinweise. Ob dies wirklich eintritt, wird sich zeigen, im Moment sollte die mexikanische und die internationale Öffentlichkeit jedenfalls wieder verstärkt die Augen auf den Südosten Mexikos richten.

Thomas Zapf



Der Aufstand der Würde

Die zapatistische Bewegung in Chiapas/Mexiko

Die Filmdokumentation bietet eine Einführung in das Thema, Einblicke in die selbstverwalteten Strukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Kollektivarbeit sowie eine Erläuterung der zapatistischen Politik. Zudem werden die Schwierigkeiten thematisiert - sowohl innerhalb der Bewegung als auch in Bezug auf die Regierung. Zu Wort kommen neben WissenschaftlerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und JournalistInnen vor allem Frauen und Männer von der Basis der zapatistischen Bewegung. **D/Mexiko 2007, 65 Minuten**

Produktion: Luz Kerkeling, Dorit Siemers, Heiko Thiele

16€ (inkl. 3€ Spende für die Zapatistas). Der Film ist auch auf spanisch erhältlich.

Kontakt: film@zwischenzeit-muenster.de

www.zwischenzeit-muenster.de

zwischenzeit

Initiative für soziale, interkulturelle und ökologische
Forschung, Analyse und Bildung e.V.

Wir wurden überrollt von Fällen

Eindrücke von der internationalen Beobachtungskommission CCIODH

Oaxaca, Chiapas und Atenco waren die drei Ziele der diesjährigen Sechsten Internationalen Zivilen Menschenrechtsbeobachtungskommission (CCIODH). Vom 30.1. bis 19.2. sammelten wir, 51 Menschen aus neun hauptsächlich europäischen Ländern, Aussagen von Opfern staatlicher Übergriffe, sprachen aber auch mit NGOs und staatlichen Stellen, sofern diese dazu bereit waren. Die Bilanz: trotz gegenteiliger Beteuerungen der Regierungen der verschiedenen Ebenen ist die Lage der Menschenrechte in Mexiko erschreckend.

Anfang 1998, kurz nach dem Massaker in Acteal (siehe Artikel dazu), reiste die CCIODH zum ersten Mal nach Chiapas, um die Besorgnis der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren und die Verschleierungstaktik der mexikanischen Regierung zu durchbrechen. Das Motto der diesjährigen Reise lautete denn auch "10 Jahre Acteal". Leider mussten wir feststellen, dass gerade in letzter Zeit die Bedrohungen und Übergriffe auf zapatistische Gemeinden wieder zunehmen. Zwar ist uns insgesamt eine geringere Präsenz des Militärs aufgefallen, das Niveau der Angriffe von Paramilitärs erreicht jedoch wieder das vom Ende der 90er Jahre. Als Kernproblem stellt sich dabei die Landfrage heraus. Ehemalige Ländereien, die 1994 von Zapatistas gemeinsam mit anderen Organisationen besetzt wurden, werden nun den konkurrierenden Organisationen zugesprochen und damit Feindschaften geschürt, oder es wird staatliche Unterstützung etwa in Form von Rinderherden angeboten. Diese brauchen aber große Weideflächen, die dann für den Anbau von Grundnahrungsmitteln wegfallen, womit Konflikte vorprogrammiert sind. Auf der anderen Seite könnten die Enteignungsdekrete der Regierung im Bereich der Montes Azules durch die gemeinsame Betroffenheit einige Organisationen oder Teile von ihnen wieder an die Zapatistas heranrücken lassen.

Froh, im Gefängnis zu landen

Kaum in Chiapas angekommen, erreichte uns die Nachricht von der schweren Verwundung und Verhaftung von zwei Zapatistas in Betel Yochib. Der Teil der Kommission, der für die Zona Norte eingeteilt war, fuhr daraufhin so schnell

wie möglich zum Gefängnis, in dem mittlerweile beide Opfer untergebracht waren, ein Arzt und Kommissionsmitglied untersuchte beide und stellte Folterspuren fest. Immerhin bewirkte die CCIODH die Freilassung beider.

Im Gespräch mit der CCIODH wurden dem chiapanekischen Gouverneur Sabines über 20 Fälle ungerechtfertigt im Gefängnis sitzender Personen vorgelegt. Zwei von ihnen wurden inzwischen aus Altersgründen entlassen, 38 politische Gefangene in mehreren Gefängnissen befinden sich inzwischen (Mitte März) in einem unbefristeten Hungerstreik..

Eine freudige Nachricht erreichte uns aus Oaxaca: David Venegas, seit elf Monaten in Haft, wurde am 5. März freigelassen. Sechs weitere politische Gefangene der sozialen Bewegung von 2006 in Oaxaca sitzen aber weiterhin im Gefängnis.

Von einigen ehemaligen Gefangenen hörten wir, dass sie nach ihrer Verhaftung froh waren, der Staatsanwaltschaft übergeben zu werden. So entgingen sie dem Schicksal, das den sozialen Aktivisten Lauro Juárez traf: Er war seit Anfang Januar verschwunden; Anfang März wurde eine Leiche gefunden, die möglicherweise die seine ist. Leider ist er kein Einzelfall: seit 1969 gibt es in Mexiko 570 dokumentierte Fälle von Verschwundenen, wie uns die Organisation HIJOS mitteilte.

Sexuelle Gewalt als Repressionsmittel

"Und sie machten sehr deutlich: da es mir gefalle, die Frauen zu verteidigen, würde ich das nächste Mal selbst Spuren der Vergewaltigung davontragen.... Ich mache diese Anzeige für alle oaxaqueischen Frauen, die Repression erlitten haben." Vergewaltigung oder die Drohung damit als Mittel, um soziale Bewegungen und speziell kämpferische Frauen zu schwächen, das gab es nicht nur in Atenco, wo auf einem Polizeilastwagen über 20 Frauen vergewaltigt wurden. Doch nur wenige trauen sich, darüber zu sprechen. Nancy Mota von der „COMO 1 de Agosto“ (Koordination oaxaqueischer Frauen) hat sich nach einigen Tagen des Zögerns entschieden, ihren Fall öffentlich zu machen: Sie wurde am hellen Tag auf einen Transporter gezerrt und eine halbe Stunde lang bedroht, geschlagen und verhört: zu Aktivitäten der APPO, aber eben auch speziell bezüglich ihres Engagements für Frauenrechte.

Ursprünglich war geplant, in Oaxaca und Atenco nur die Umsetzung der Emp-



Nach elf Monaten wieder in Freiheit: David Venegas Reyes., Aktivist aus Oaxaca. Foto: indymedia

fehlungen der jeweils letzten Kommissionsreisen zu überprüfen. Wir wurden jedoch wahrhaft überrollt von weiteren Fällen, die an uns herangetragen wurden. Darunter waren auch Fälle, die nicht direkt die Aufgabenstellung der CCIODH betrafen, wie etwa ein Fall von Mobbing. Dies ist aber symptomatisch für das völlige Fehlen eines Vertrauens in die staatlichen und gerichtlichen Instanzen.

Ein Stück Solidarität

In Atenco besuchten wir unter anderem den Plantón (eine Art Dauer-Mahnwache) vor dem Gefängnis Molino de Flores, der den 16 in diesem Gefängnis verbliebenen politischen Gefangenen vom Mai 2006 politische, moralische, aber auch materielle Unterstützung gewährt. Wir sprachen u.a. mit einem vor kurzem Freigelassenen, der von der Brutalität des Gefängnislebens, aber auch der Bedeutung des Plantóns als Stück praktischer Solidarität erzählte.

Wie geht es weiter?

Zur Zeit finden in den verschiedenen Teilnehmerländern der CCIODH Informationsveranstaltungen statt oder sind für die nächsten Monate in Planung. Der endgültige Bericht soll Mitte Mai fertiggestellt und an alle Gesprächspartner sowie Regierungsstellen in Mexiko und Europa verteilt werden. Eine deutsche Übersetzung ist ebenfalls geplant. Außerdem soll aus dem Video-Material ein Film entstehen.

Autorin: Regine Brosius

Infos: <http://cciodh.pangea.org> (alle Mitteilungen der CCIODH auf spanisch, einige auf deutsch und in anderen Sprachen)

Stimmen aus Oaxaca

Was tut sich im Nachbarstaat von Chiapas ein Jahr nach dem Volksaufstand?

Im folgenden Interviewmosaik kommen zwei Stimmen aus Oaxaca zu Wort. Die beiden Interviews wurden unabhängig voneinander geführt und werden hier in Ausschnitten miteinander verbunden.



Die eine Stimme gehört Sara Méndez: „Derzeit arbeite ich im Komitee „25. November“ mit, einem Projekt, das aufgrund der zahlreichen Festnahmen am 25. November 2006* entstand. Damals fanden sich Anwälte und Anwältinnen zusammen, um die Verteidigung der mehr als 140 Gefangenen zu organisieren. Daraus entstand ein Prozess der rechtlichen Begleitung und Verteidigung dieser Menschen. Es kamen immer mehr Gefangene hinzu, Menschen wurden im Laufe des Jahres 2007 willkürlich festgenommen, und das Komitee arbeitet bis heute weiter daran, diesen Gefangenen aus der sozialen Bewegung und den politischen Gefangenen rechtlichen Beistand zu gewähren.“



Die andere Stimme gehört Sergio Beltrán Arruti: „Ich bin der Leiter der Universidad de la Tierra (Universität der Erde) in Oaxaca, was eine ehrenamtliche Organisation ist. Es handelt sich um ein Projekt, das versucht, eine Alternative zur formellen Schulbildung zu sein. Es ist ein Raum zum freien Lernen, wo die Menschen nach Wissen suchen, das ihnen dazu nutzt, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen und ihr Leben zu

Die hier gedruckten Interviews entstanden im Rahmen eines Filmprojektes über lokale Kämpfe und Widerstände in Mexiko. Während einer halbjährigen Rundreise im Jahr 2007 wurden mehr als 30 Menschen verschiedener "Lebens"kulturen dazu befragt, wie sie die aktuelle Situation in ihrem jeweiligen Bundesstaat und die Zukunft von Mexiko sehen.

Sie erzählten von dem Alltag und der politischen, ökonomischen und ökologischen Situation in Guerrero, Chiapas, Oaxaca, Jalisco, Sonora, México und México-Stadt. Neben den verschiedenen Kulturen, Sprachen und Lebensweisen wird klar, dass die gravierenden Probleme die gleichen sind. Der Kampf richtet sich gegen die Vertreibungen indigener Gemeinden zu Gunsten der Interessen internationaler Konzerne, gegen Straßenbau- oder Tourismusprojekte, das unzureichende Bildungs- und Gesundheitssystem, gegen die enorme Repression und die Militarisierung durch den Staat.

Der Film, der voraussichtlich im Juni fertig sein wird, ist ein Versuch, einige der vielen Realitäten Mexikos einzufangen. Im Juli und August 2008 soll der Film im Rahmen einer Rundreise mit zwei Aktivisten aus Chiapas und Oaxaca in verschiedenen Orten Europas gezeigt werden.

verbessern. Und wir ermöglichen die Suche nach diesem Lernen.“

Der Konflikt ist weiter präsent

Sara: „Dieses letzte Jahr des ganzen Prozesses war ein sehr intensives Jahr. Es gab viele Beeinträchtigungen, viel Unzufriedenheit. Das Volk von Oaxaca hatte schon Jahrzehnte darunter gelitten. Nun findet eine Synthese statt und diese Faktoren kamen ans Licht, als die Lehrer angegriffen wurden. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, in diesem ganzen Prozess von sozialen Konflikten in Oaxaca.“

Der Konflikt von Oaxaca ist weiter präsent. Es gibt keine Lösung insofern, dass es einerseits weiter politische Gefangene gibt, wir auf der anderen Seite aber sehen, dass die Mörder der mehr als 20 Getöteten nicht bestraft werden. Die Schuldigen werden nicht benannt, wir sehen keine Gerechtigkeit.“

Sergio: „Wir sehen den Fall Oaxaca, wo sich ein Gouverneur in die Macht eingekapselt hat, sich an sie geschweift hat, trotz des großen sozialen Protestes, und der dokumentierten Gesetzesbrüche, die er sich geleistet hat. Nicht nur, dass der Herr unsympathisch ist und die Menschen, die ihn nicht mögen, in Massen auf die Straße gehen, um seinen Rücktritt zu erwirken. Vielmehr haben mehrere Menschenrechtskommissionen deutlich die Regierungsverantwortung bei der schlimmen Verletzung der Menschenrechte und der öffentlichen Wie-

dereinführung der Folter dokumentiert. Zwar ist es mit der Folter in Mexiko nicht vorbei gewesen, aber sicher ist, dass in den letzten zwei Jahrzehnten wenigstens der Schein gewahrt wurde und sich die Regierung um jeden Preis bemühte zu vermeiden, dass Folterakte öffentlich gemacht wurden. Und als mit der PAN die Rechte in der Regierung an die Macht kam, wurde die Verletzung der Menschenrechte zur Normalität.“

Das Misstrauen gegen die Polizei ist noch gewachsen

Sara: „Ich sehe nicht, dass kurzfristig ein friedlicher Wandel bevorsteht. Im Gegenteil, die institutionalisierte Gewalt hat zugenommen, es gibt viel mehr Polizei, viel mehr polizeiliche Überwachung, viel mehr Willkür. Und das steigert natürlich die Unzufriedenheit und auch das Misstrauen, das es ohnehin schon vorher der Polizei gegenüber gab und das jetzt noch gewachsen ist. Und die Unsicherheit, denn wir sehen auch, wie diese Polizisten oftmals mit dem organisierten Verbrechen zusammenarbeiten.“

Sergio: „Es gibt immer mehr immer gefährlicher ausgerüstete Polizei in Oaxaca, die Polizei wird militarisiert und besetzt öffentliche Räume. Und es ist sehr schwierig, eine Stunde auf der Straße zu sein und nicht die schwer bewaffneten Polizeikommandos zu sehen, die jederzeit bereit sind, in Aktion zu treten, und das scheint mir gefährlich. Das scheint mir gefährlich, nicht nur weil die Polizei nicht korrekt ausgebildet ist, sondern auch aufgrund der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, wo die Verantwortlichen nicht bestraft werden.“

* Am 25.11.2006 fand die 7. Demonstration mit über 100.000 Teilnehmern in Oaxaca-Stadt statt. Bevor die Demonstration die Innenstadt erreichte wurde sie durch einen Polizeieinsatz niedergeschlagen.

Die Regierung übernimmt sofort jedes Werkzeug

Sergio: „Was wir jetzt sehen, ist die Art, in der das System es geschafft hat, sich wieder einzurichten und Besitz von den Diskurswerkzeugen der Gesellschaft zu ergreifen – und von ihren Forderungen. Wir haben das beim Radio gesehen, bei den Demonstrationen, wir haben es bei jedem Versuch gesehen, eine Parole zu schaffen, im Diskurs der sozialen Bewegung einen Inhalt zu schaffen – es gab immer eine identische Reaktion in der Regierung. Die Informationsblogs im Internet begannen, Erfolg zu haben – sofort erschienen die vielleicht gewaltverherrlichendsten Webseiten, die die mexikanische Rechte zumindest in den letzten Jahrzehnten produziert hat. Nie zuvor habe ich so viel Hass gehört und gesehen. Es gab Webseiten, die dazu aufforderten, die Lehrer zu vergiften, Säure von den Dächern der Häuser auf die Demonstrationen zu schütten, Menschen zu töten, Büros von NGOs anzuzünden. Das wurde sowohl im Radio als auch im Internet offen vertreten. Das zeigt, wie die Regierung zu allem entschlossen ist, wenn sie bemerkt, dass etwas effektiv ist. Die Herausforderung für die freien Medien in Oaxaca ist jetzt die, den ganzen Schaden, den "Radio Ciudadana" mit seinen Hassbotschaften, mit der Polarisierung der Bevölkerung angerichtet hat, wettzumachen“

Vielleicht sind wir Narren, wenn wir auf den institutionellen Wegen beharren

Sara: „Mir scheint, dass Oaxaca zurzeit eine Bühne dessen ist, was auf nationaler Ebene geschieht oder geschehen könnte, wenn nicht wirklich Räume für die demokratische Partizipation der Menschen geschaffen werden, wenn wir nicht damit aufhören, die Demokratie zu simulieren, wenn die bundesstaatliche und die mexikanische Regierung nicht aufhören vorzugeben, alles sei in bester Ordnung, denn das Gegenteil ist der Fall. Es geschieht zu viel, es gibt so viel Unzufriedenheit, und es hat nicht wirklich eine tief greifende Lösung für die Konflikte in Oaxaca gegeben. Und das nährt auch diesen anderen Weg, den klandestinen, den der Guerillas, der viel radikaleren Gruppen, die bereit sind, mit Waffen zu kämpfen. Denn es ist nicht wirklich ein Weg in Sicht, der eine friedliche Lösung wahrscheinlich macht.“

„Wir, die zivilen Organisationen, die Menschenrechtsorganisationen, haben sehr darauf bestanden, die institutionellen Wege zu gehen, die legalen Mittel zu nutzen, die Rechtsmittel auszuschöpfen.

Aber wir stoßen immer wieder auf den Widerstand der Regierung selbst, auf die Korruption der Institutionen, deren Untätigkeit. Und vielleicht sind wir ja auch Narren, wenn wir auf diese Wege bestehen.“

Sergio: „Mir scheint, dass es kaum noch möglich ist, dass die Menschen in Oaxaca glauben, dass irgendein Politiker kommen und alles lösen wird. Es ist klar, dass es nicht vom Willen einer Person oder einer politischen Partei abhängt, dass die Probleme gelöst werden. Alle Menschen, die gekämpft haben und dann gesehen haben, dass nichts geschieht, werden nicht mehr auf den lieben guten Politiker warten, der kommt und die Probleme löst.“

Auf effektive Weise einen Konsens erreichen

Sara: „Die Form der Organisation in der Versammlung ist ein weiterer wichtiger Beitrag der Bewegung von Oaxaca für die Bewegungen außerhalb Oaxacas und weltweit. Die Versammlung als Organisationsform der indigenen Gemeinden, wo die große Herausforderung ist, zusammen mit vielen Menschen eine Einigung zu erzielen. Eine Einigung, wo der größte Teil der Stimmen oder gar alle Stimmen vertreten sind. Das ist niemals leicht. Aber mir scheint, man hat sich darum bemüht, und das mit großem Erfolg.“

Sergio: „Nun, die indigenen Gemeinden verfügen über mehrere Jahrzehnte Vorsprung, was die Selbstorganisation angeht und die Schaffung autonomer Formen der Regierung der Dörfer, der Gemeinden. Was wirklich bei der sozialen Bewegung, die im letzten Jahr begann überraschend war: dass die Art, sich zu organisieren in der Versammlung war, in der Form, wie es die indigenen Völker tun. Es ist immer noch schwierig, diese Werkzeuge zu benutzen, herauszufinden, wie auf effektive Weise Konsens zu erreichen ist, wie Entscheidungen getroffen werden können, die einbeziehen, aber gleichzeitig effektiv sind. Und das spiegelt sich auch in der Mobilisierung wider. Die Menschen gehen nicht mehr auf die Straße, aber nicht, weil die Bewegung niedergeschlagen wurde, sondern weil, wenn ein Mittel nicht funktioniert, damit begonnen werden muss, neue zu suchen. Ich glaube, was jetzt kommt, ist eine Übung der Kreativität verschiedener Sektoren und Gruppen und Völker, welche die soziale Bewegung in Oaxaca ausmacht: Eine Wiederherstellung des Kampfes – jetzt mehr auf der Ebene der Konstruktion als im Protest.“



Die Menschen warten nicht mehr auf einen Anführer

Sara: „Und schließlich scheint mir, dass das Volk von Oaxaca gezeigt hat, dass es ein Volk ist, das Würde hat. Ich glaube, das ist auch eines der Dinge, die tief in uns bleiben: Wie diese Menschen, die die ganze Zeit marginalisiert wurden, geschlagen getreten und eingeschüchtert wurden, die Armen, ohne Stimme, ohne Arbeit, Menschen, die an der Peripherie der Stadt wohnen, wie sie auch Akteure sein können und ihre Würde wieder erlangen können. Ich denke, das ist ein Volk, das trotz seiner Armut, seiner Marginalisierung, trotz der großen Ungerechtigkeiten, die es jahrelang erlitten hat, in der Lage war, seinen Kopf zu erheben und sich zu wehren, und sich mit Würde zu wehren. Und das sich weiter mit Würde wehrt. Auch wenn sie hinter Gittern sitzen, geben sie weiter der Bewegung ihr Wort und ihre Stimme. Mit allem, was das bedeutet,



Dabei sein ist alles?
Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen globale Ausschlüsse

BUKO31 - Kongress
9.-12.05.08
Uni Dortmund, Campus Nord

Anmeldung und weitere Informationen unter:
www.buko.info

nämlich Repressalien, Isolationshaft, kein Besuch von draußen, keine Informationen. Und trotz dessen und gerade deswegen ist ihre Meinung von so großer Bedeutung.“

Sergio: „Ich glaube, dass die Möglichkeit, die sich jetzt in Mexiko auftut, ist, dass die Menschen zum ersten Mal – wenigstens in diesem Land – sich ernsthaft mit der Idee auseinander setzen: Gut, ich werde mein Leben mit meinen eigenen Mitteln in die Hand nehmen ... und mit der Solidarität des Menschen neben mir. Die Menschen haben – zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Mexikos – aufgehört, nach oben zu schauen und zu warten, dass der große Mann kommt, der Anführer, der Held – um alles zu lösen, und haben angefangen, selbst etwas zu tun. Ich glaube, das Elend ist schon so groß, dass die Menschen beginnen, in Eigeninitiative zu handeln, und es bleibt abzuwarten, wie das weitergeht.“

Denn natürlich wehren wir uns in „La Parrota“ gegen den Bau der Staumauer, denn sie greift unsere Art zu leben an.

Vielleicht ist es nicht die schönste, vielleicht nicht die modernste, aber so leben wir. Und wir glauben nicht mehr, dass der Fortschritt uns ein schöneres Leben bringen wird. Also werden wir nicht das riskieren, was wir jetzt haben.“

Die Menschen folgen nicht mehr blind dem "Fortschritt"

Sara: „Die globalisierungskritische Bewegung ist Teil dieser ganzen Schaffung neuer Alternativen, Teil dieser Suche. Wir suchen weiter, und wir lernen weiter von diesen neuen Formen, die aus den lokalen Prozessen, aus den Kulturen selbst entstehen. Denn das ist ein weiterer Faktor, den wir auch nicht vergessen sollten. Jedes Volk hat seine eigenen Vorschläge, seine eigenen Alternativen. Und vieles davon stimmt mit seinen kulturellen Werten überein, was sie bewegt und zu Menschen macht, zu würdigen Menschen. Wir brauchen die Würde, um uns als Menschen zu fühlen. Und ich glaube, bei dieser ganzen Suche nach Alternativen suchen wir letztendlich Wür-

de und dass man uns als würdige Menschen anerkennt. Denn das System, was wir jetzt haben, tut das nicht.“

Sergio: „Die Menschen folgen also nicht mehr so blind dem Fortschritt, und das ist meine Hoffnung. Ich glaube, so wie sich nach und nach die große Farce des mexikanischen Staates und seiner Institutionen enthüllt, so zerfällt auch nach und nach die große Farce des triumphierenden Kapitalismus als einziger Weg der Organisation der Menschen, der Gesellschaften auf der Welt. Ich glaube, das ist etwas, was wir vielleicht nicht mehr erleben werden, aber mir ist klar, dass überall die Suche nach neuen Formen außerhalb des Systems begonnen hat. Du kannst auf alle 5 Kontinente schauen und wirst Erfahrungen finden. In kleinem Stil, aber es ist ein erster Schritt. Es muss aufgehört werden, eine Lösung für alles finden zu wollen, und damit begonnen werden, eine Welt zu schaffen, in der jeder die Möglichkeit und die Werkzeuge hat, seine eigenen Lösungen zu schaffen.“

Der "Plan Mexiko"

Milliardenschwere Unterstützung für Mexikos Sicherheitskräfte

Mit einem neuen Sicherheitsabkommen will die US-Regierung den Krieg gegen Drogen, Terror und illegale Einwanderung in Mexiko unterstützen. Vorgesehen sind Investitionen in Milliardenhöhe für die mexikanische Armee, Polizei, Staatsanwaltschaften und Geheimdienste, sowie eine enge Zusammenarbeit der Organe beidseits der Grenze. Mexikanische BeobachterInnen kritisieren die rein repressive Ausrichtung der Initiative.

Offiziell heißt das Abkommen auf US-Seite "Mexico and Central America Security Cooperation", in Mexiko „Initiative Merida“. Wegen seiner strukturellen Ähnlichkeiten zu den US-Anti-Drogen-Aktivitäten in Kolumbien, die unter dem Namen „Plan Colombia“ firmieren, wird die Initiative weithin unter dem Namen „Plan Mexiko“ diskutiert.

Die Liste der beteiligten Institutionen ist lang: In den USA sind dies unter anderem das Staats- und Justizdepartement, das Ministerium für innere Sicherheit, das Pentagon, CIA und FBI sowie die Anti-Drogen-Agentur DEA, auf mexikanischer Seite der Kongress der Union, das Verteidigungsministerium, die Kriegsmarine, das Ministerium für Öffentliche Sicherheit, die General-

staatsanwaltschaft und der Geheimdienst.

Als erste Investition sind 500 Millionen Dollar vorgesehen, die in vier verschiedene Bereiche fließen: Anti-Drogenkampf, Antiterrorismus und Grenzsicherheit, öffentliche Sicherheit und Polizei, Stärkung von Institutionen und Hilfen für Programme.

Die Mittel werden wie folgt verteilt:

- Antidrogenkampf und Grenzsicherheit: 306 Millionen
- Öffentliche Sicherheit und Durchsetzung der Gesetze: 56 Millionen
- Institutionelle Schaffung der Gesetzmäßigkeit: 101 Millionen

Die Genehmigung dieser ersten 500 Millionen Dollar durch den US-Kongress steht noch aus, diese soll im Juli 2008 erfolgen.

Die genannten Zahlen sind nicht gleichbedeutend mit einer direkten Zurverfügungstellung dieser Gelder an Mexiko. Mexiko wird die Ausrüstung und die Ausbildung erhalten, um mit Gammastrahlenscannern und anderen Techniken Apparaturen Waffen- oder Menschen schmuggel aufzudecken, sowie zur Anschaffung von Hubschraubern, Flugzeugen, gepanzerten Fahrzeugen und für Programme zur Verbesserung des Gefängnisystems und von Gerichtsprozessen.

Noch sind die einzelnen Aktivitäten und Strategien der Initiative nicht öffentlich. In Mexiko wird allerdings vermutet, dass auch die Errichtung einer weiteren Grenzmauer im Süden des Landes geplant ist.

Schließlich wird die US-amerikanische Regierung 37 Millionen auf direkte Weise für die Administration des Programms verwenden und um sicherzustellen, dass alles "passend bzw. angepasst" gehandhabt wird. In diesem Teil des Programmes sehen KritikerInnen eine besondere Verletzung der Souveränität Mexikos.

Schwerer dürfte allerdings die stark repressive Ausrichtung der Abmachungen wiegen. Schon jetzt ist das Land in hohem Maß militarisiert – als Grund wird der Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen genannt. Es zeigt sich allerdings, dass nicht nur die Erfolge in diesem Kampf ausbleiben, sondern die Sicherheitskräfte vielerorts in erster Linie eingesetzt werden, um soziale Bewegungen und Proteste zu unterdrücken. In diesem Kontext wird der Plan México den Krieg niederer Intensität und andere Aktivitäten der Aufstandsbekämpfung voraussichtlich verschärfen – so wie es auch in Kolumbien geschehen ist.

Autor: flaco

auf Basis des gleichnamigen Artikels auf indy.espora.org

Das zapatistische Projekt - Stärker als vor 14 Jahren

Mit breiter sozialer Basis zum Jahrestag - Interview mit Jorge Santiago

San Cristóbal de las Casas, Chiapas. Der Zapatismus begeht seinen 14. Jahrestag mit einer Vision von Mexiko und der Welt, die ihm ermöglicht hat, Allianzen über den Kontinent zu schmieden. Dieser Vision ist es auch zu verdanken, dass er über eine soziale Basis verfügt, die sich bis in Regionen außerhalb der Grenzen der autonomen Bezirke ausgebreitet hat.

"Eine Schlussfolgerung ist: Wir sind stärker, weil wir vernetzt sind. Unser Wort ist mit dem Wort des anderen, der anderen, verknüpft. In der Praxis beginnen die Menschen, auf sich selbst zu vertrauen, wenn es um das Knüpfen von Beziehungen vor Ort geht. Und was kaum bekannt, aber sehr wichtig ist: die Entscheidung, die ansässigen Feinde nicht zu konfrontieren, trotz der Bedrohung und der Angriffe von deren Seite."

Diese Bilanz zieht Jorge Santiago, Theologe, Soziologe und Anthropologe, der seit 35 Jahren an der Spitze von DESMI¹ steht, einem Projekt, das Ende der 1960er Jahre nach Chiapas kam und mit der Diözese von San Cristóbal in Verbindung steht. Als Initiator von "solidarischen Wirtschaftsprojekten" kennt er den Prozess genau und berichtet von dessen Anfängen. Der historische Aufstand von 1994 fand im Hochland, im Süden und im Norden von Chiapas statt, wo er mit seiner Institution intensiv arbeitet. Er erfuhr die antizapatistische Repression auch am eigenen Leibe, wurde er doch 1995 im Rahmen der vom damaligen Präsidenten Zedillo angeführten Offensive gegen die Rebellen verhaftet.

Viele sind weggegangen, andere dazugekommen

Die oftmals von außen getroffene Einschätzung, das zapatistische Heer habe an Kraft verloren, teilt er nicht, obgleich er "nicht versuchen will, die Sonne mit dem Finger zu verdecken", und daher zugeibt, dass es inzwischen Spaltungen in Gebieten gibt, die zuvor gemeinsam zur EZLN hielten, und dass Menschen, die zur EZLN gehört und dort wirksam agiert hatten, sich von der Organisation zurückgezogen haben.

Obgleich aber viele weggingen, kamen andere hinzu, "vor allem viele junge Menschen, Jugendliche, die zur Zeit des Aufstandes 1994 Kinder oder noch nicht einmal auf der Welt waren, und die heute aktiv sind, ja sogar wichtige Positionen besetzen. Viele Räume haben sich

geöffnet, viele Frauen engagieren sich, vor allem im Bereich der Kommunikation. Und es gibt Gebiete, deren Bewohner keine Indígenas und dennoch Zapatistas sind, was vor einiger Zeit kaum vorstellbar war. Nicht alles, was neu ist, ist auch sichtbar."

Für viele Menschen fiel die Entscheidung zugunsten der Staatsmittel aus.

Welche Auswirkungen hat der Widerspruch zwischen denen, die Projekte der Regierung als ein Recht ansehen, und denen, die dies rigoros ablehnen?"

JS: „Die famose Idee von Vicente Fox², dass die 40 Millionen Armen durch Programme zu retten wären, nicht durch Arbeit und Produktivität, ist in den zapatistischen Gemeinden zu einer Praxis der Aufstandsbekämpfung geworden, die das Gewissen und den Willen einiger untergraben hat. 2003 wurde eine Befragung durchgeführt, wo die Menschen entscheiden konnten, ob sie im Widerstand bleiben wollten oder nicht, unter der Bedingung, dass diejenigen, die Regierungshilfe in Anspruch nahmen, ihre Mitgliedschaft in der Bewegung beendeten. Für viele Menschen fiel die Entscheidung zugunsten der Staatsmittel aus. Das war ein harter Schlag, aber unter denen, die sich für den Widerstand entschieden, wurde die Alternative der Selbstorganisation gestärkt: landwirtschaftliche und ökologische Projekte, Förderung der Gesundheit, ein im Widerstand verwurzelter Bildungssystem und eine Politik der Ressourcenverteilung, und das alles mit einer großen Klarheit darüber, was Selbstverwaltung bedeutet.“

Fünf Jahre später zeigt sich bereits, welches Modell sich beweisen konnte. Wer hat Gesundheitsversorgung, Erziehung und Nahrung? Diejenigen, die der Regierung vertrauten, oder diejenigen, die ihr eigenes Bildungssystem schufen, die ihre Gesundheitspromotoren auswählten? Es zeigt sich bereits, dass Fox und Pablo Salazar ihre Versprechen nicht hielten. Ein Beispiel ist die Organisation Las Abejas, die beklagt, dass Salazar das Recht in Acteal nicht durchsetzte.“

Wie würden Sie den Kräfteverlust des Zapatismus messen?"

JS: „Eher quantitativ, nicht das politische Projekt betreffend. Im Gegenteil. Er wurde im Sinne seiner Aufgaben gestärkt. Es geht nicht nur darum, zur EZLN zu gehören, um eine politische Kraft zu sein, sondern um zu organisie-

ren und aufzubauen, in Selbstverwaltung konkrete Probleme zu lösen. Die Aufgabe der autonomen Regierungen ist es, die Probleme zu analysieren und Wege zu finden, die nicht auf Konfrontation abzielen, sondern auf Dialog. Und dass sich die Menschen in friedliche Lösungen einbringen. Etwas, was kaum an die Öffentlichkeit dringt, aber was in diesem Prozess sehr stark ist, ist die Entscheidung, lokale Feinde nicht zu konfrontieren, trotz der Bedrohung und der Angriffe von deren Seite. Aus dem Grund stehen die zapatistischen Gemeinden nicht zwischen dem Schwert und der Wand. Angesichts der Aggressionen stehen ihnen sogar viele Auswege offen. Die EZLN verfügt über einen breiten Aktionsradius, da es ihr gelungen ist, einen politischen Raum zu schaffen. Sie kann sich sogar dagegen wehren, dass ihr Ländereien genommen werden, die von ihr wieder gewonnen wurden, denn das Projekt geht weiter, die Vision reicht weiter und das Programm geht viel mehr in die Tiefe.“

Um zu zeigen, welche Rolle heute die Gemeinden und die Werte des Zapatismus in Chiapas spielen, bezieht sich Jorge Santiago auf die Landschaft, die er jeden Tag sieht, wenn er von Teopisca, seinem Heimatdorf, in dem er lebt, nach San Cristóbal fährt. Auf der Landstrasse stehen Schilder, auf denen alles Mögliche zum Verkauf angeboten wird: Kohle, Steine, Obst, Autos (aus zweiter Hand), Grundstücke.

Die Zapatistas schaffen Alternativen

JS: "Das ist klassisch: Im Kapitalismus ist alles eine Ware. Und diese Dörfer sind trotz ihres Rückstandes keine Ausnahme. Die Mentalität, man müsse Geld haben, ist geblieben. Ein Stück Regenwald, ein Stück See zum Verkaufen. Alles wird verkauft und alles kann man kaufen, und sei es nur als Plagiat. Und da ist das Neue. Die Zapatistas stellen dem keine Konfrontation gegenüber, sondern schaffen Alternativen: kollektives Eigentum, gemeinschaftliche Aktion, Horizontalität, Verteilung und Solidarität. Dieses Phänomen bewirkt eine tief greifende Veränderung. Sie ermöglicht, handeln zu können, ohne den Sturz des Systems abwarten zu müssen.“

Ist der Zapatismus wie eine Art Schutzmauer gegen diese Mentalität, dass alles käuflich und verkäuflich ist?"

JS: „Der Zapatismus vertritt eine andere Idee und die Menschen merken das. Der Zapatista sagt, ich werde Bäume

pflanzen, mich um meine Gesundheit und die Bildung meiner Kinder kümmern, ich werde zur Versammlung gehen und wir werden Vereinbarungen treffen, er lebt anders. Er wird zu einem politischen Wesen, beteiligt sich an Entscheidungen, und die Frauen sagen: Ja, wir verfügen über Weisheit und unser Wort ist etwas wert. All das ist Teil einer Erfahrung, die täglich auf eine andere Realität trifft. Daneben sind die, die trinken, die sich auf andere Art vergnügen, die wie verrückt beten, die nur auf die Hilfe der Regierung hoffen. Wenn von Präsident Calderón initiierte Räumungen stattfinden sollen, dann setzen einige auf Verhandlungen mit der Regierung. Am Ende werden die Versprechen nicht eingelöst, denn dahinter steht der Druck von Projekten wie Talsperren, das Erdöl, die Geschäfte. Die Zapatistas verhandeln nicht. Und wer am Ende ohne alles da steht, das sind die, die auf Verhandlungen gesetzt haben. Und schließlich kommen sie zu dem Schluss: wie gut, dass es unsere Zapatistas gibt, die eine Alternative haben.

Der Staat versteht nicht, mit wem er es eigentlich zu tun hat

So hat die Zukunft dieses Kampfes viel Perspektive. Ich glaube, dass der Staat nicht versteht, mit wem er es eigentlich zu tun hat. Das sind nicht einfach Guerilleros, Landbesetzer, Menschen, die die Staatsordnung nicht anerkennen. Er denkt nur daran, sie einzukreisen, sie einzuschüchtern und auszuschalten und sie wiederum sind in ihrem Bewusstsein ihrer Fähigkeiten, ihrer Beziehungen, ihrer Werte gewachsen. Sie drücken das so aus: Sie wissen, dass sie nicht ohne Grund sterben werden, dass es nicht darum geht, Opfer zu bringen oder als Helden zu sterben, sondern darum, als Menschen in dieser Dimension zu leben, wo sie die Verantwortung haben, auf sich und die anderen aufzupassen.“

Wie lange werden sie die Konfrontation vermeiden können?“

JS: „Der Raum, den sie geschaffen haben, erlaubt ihnen, diese Alternative zu

haben. Ihre Strategie ist, mit dem geringsten Verlust zu agieren, um Fortschritte zu machen und nicht zurückzuweichen. Die Konfrontation mit Paramilitärs und Soldaten zu suchen, bedeutet einen Rückschritt von 10 oder 15 Jahren. Das gäbe Calderón einen Vorwand, den Urwald und die Grenzregion zu militarisieren, die Hilfe der Regierung der USA zu erbitten und mit Panzern und Flugzeugen einzurücken. Strategisch unternehmen sie Schritte, die ihnen ein Vorrücken ermöglichen. Auf diese ganz einfache Weise zeigen sie, was es heißt, Widerstand zu leisten.“

Blanche Petrich / La Jornada

6.1.08

Übs: KaRa

1 - DESMI: Desarrollo Económico Social de los Mexicanos Indígenas, dt. "Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung der Mexikanischen Indígenas"

2 - Präsident Mexikos 2000-2006

Wir gratulieren und danken: 10 Jahre Chiapas98!

Wer sich im deutschen Sprachraum mit den Zapatistas auseinandersetzt, stößt eher früher als später auf den E-mail-Verteiler Chiapas98. Für solidarische AktivistInnen ist er ein Informationsdienst von unschätzbarem Wert. Peter Clausing, der Vater von Chiapas98 blickt für uns zurück:

Am 26.05.1998 erschien die erste Ausgabe von Chiapas98, damals noch als Informationsblatt, zum Teil per Post verschickt. Diese erste Ausgabe begann mit den Sätzen „Chiapas98 ist der Versuch, den Informationsfluss über Mexico und Chiapas in einer Zeit zu verbessern, da sich der "Krieg niedriger Intensität" in Chiapas dramatisch ver-

stärkt und es viele Anzeichen für eine bevorstehende Militäroffensive der mexikanischen Regierung gibt.“

Letztere hat es damals zum Glück nicht gegeben. Nach Höhen und Tiefen sowie Jahren relativer Ruhe, verbunden mit dem Aufbau autonomer Strukturen, blicken wir heute auf eine ähnliche Situation wie 1998. Ende 1999 wäre Chiapas98 dann fast gestorben, wäre nicht Dana Aldea als rettender Engel erschienen. Zuvor war fast alles von mir (aus dem Englischen) übersetzt worden, wobei ich beruflich bedingt von Monat zu Monat immer weniger Zeit hatte. Plötzlich erschien Dana, die, wie ich es gelegentlich beschreibe „schneller übersetzt als ich lesen kann“. Von Dana gibt es inzwischen über 750 übersetzte Texte, die auf der inzwischen existierenden Home-

page archiviert sind. Die Homepage (www.chiapas98.de), die es vor allem dank Karsten Donat seit Mai 2006 gibt, beherbergt inzwischen über 3300 Dateien und wurde bislang rund 43.000 mal aufgerufen. Gelegentlich dämmert Chiapas98 etwas vor sich hin, was eigentlich ein gutes Zeichen wäre, denn dem Verteiler wurde bescheinigt, dass seine besondere Stärke die Schnelligkeit in Alarmsituationen ist. Auch wenn dies gut (und seine Aufgabe) ist, so zu funktionieren, sind Alarmsituationen in zapatistischem Gebiet kein erstrebenswerter Zustand.

An- und Abmeldungen entweder beim Administrator (pc@jpberlin.de) oder direkt über die Admin-Homepage (<http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/chiapas98>).





Infos zu Chiapas und Mexiko auf Deutsch

CHIAPAS 98

www.chiapas98.de

Seite der gleichnamigen traditionsreichen Mailingliste. Umfassende Informationen zur aktuellen Menschenrechtssituation in Mexiko mit Schwerpunkt Chiapas und Oaxaca. Dort findest du auch eine ausgezeichnete Linkliste und jede Menge Materialien.

DIREKTE SOLIDARITÄT MIT CHIAPAS

www.chiapas.ch

Eine exzellente schweizer Web-Site, ebenso voll mit Infos zum zapatistischen Widerstand, Soli-Projekte, Kaffeevertrieb, etc.

GRUPPE BASTA (MÜNSTER)

www.gruppe-basta.de

Eine der aktuellsten deutschsprachigen Homepages was Zapatismus angeht. Hier findest du die zapatistische Mediathek mit Texten und Fotos.

POONAL

www.npla.de/poonal

Wenn du einen aktuellen Überblick zu Nachrichten aus Lateinamerika suchst, dann bist du bei der deutschen Ausgabe des wöchentlichen Pressedienstes lateinamerikanischer Agenturen genau richtig.

Infos direkt aus Mexiko

CAPISE (SAN CRISTOBAL) (SPA ITA ENGL)

www.capise.org.mx

Das Zentrum für politische Analyse und soziale und wirtschaftliche Studien bietet derzeit die Beste Analyse zu Militarisierung und Paramilitäraktivitäten in Chiapas.

CIEPAC (SAN CRISTOBAL) (SPA)

www.ciepac.org

Ähnlich wie CAPISE, ist das Zentrum für Wirtschaftliche und Politische Studien in Chiapas eine unabhängige Einrichtung zur regionalen Analyse der sozio-politischen und ökonomischen Situation im nationalen und internationalen Kontext.

INDYMEDIA CHIAPAS (SPA ENG)

chiapas.mediosindependientes.org

Das bekannte unabhängiges Medienzentrum mit aktuellen Beiträgen in Form von Texten, Fotos, Audios und Videos.

LA JORNADA (MEXIKO) (SPA)

www.jornada.unam.mx

Die linke Tageszeitung Mexikos. Empfehlenswert ist es in die einmal monatlich erscheinende Beilage Ojarasca (Schwerpunkt indigene Bewegungen) reinzuschauen.

MEXIKANISCHE REGIERUNG (SPA ENGL FRZ)

www.presidencia.gob.mx

Wer mal wissen will, wie die Regierenden die Sachen so sehen, bitteschön.



Zur Menschenrechtsbeobachtung nach Chiapas mit...

CAREA E.V. (DEUTSCHLAND)

www.buko.info/carea

Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas und Zeugenbegleitung in Guatemala.

MEXIKO PLATTFORM (ÖSTERREICH)

www.mexiko-plattform.org

Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas. Auf dieser Webseite findest du u.a. deren Erfahrungsberichte aus den chiapanekischen Gemeinden.

Menschenrechtsorganisationen in Chiapas

FRAYBA (SAN CRISTOBAL) (SPA)

www.frayba.org.mx

Das renommierte Menschenrechtszentrum Frayba, benannt nach dem Fray Bartolomé de las Casas, hat eine sehr gute Homepage mit fundierten Informationen zu Einzelfällen und auch zu gesellschaftspolitischen Problemen.

SIPAZ (SAN CRISTOBAL) (D ENGL FRZ SPA)

www.sipaz.org

Beim Internationalen Dienst für Friedensbeobachtung findest du Berichte und Analysen zur Lage in Chiapas und das sogar in vier verschiedenen Sprachen.

Soli-Kaffee und mehr

CAFE-LIBERTAD (HAMBURG)

www.cafe-libertad.de

Solivertrieb von Kaffee von zapatistischen Kooperativen, sowie Onlineshop mit solidarisch gehandelten Produkten, Literatur, Musik und Videos.

GRUPPE LIBERTAD (ÖSTERREICH)

www.chiapas.at

Zapatistischer Soli-Kaffee und mehr sind auch über den Onlineshop der österreichischen Gruppe Libertad zu beziehen.

Radio hören

RADIO INSURGENTE (SPA)

radioinsurgente.org

Die "Stimme der Stimmlosen", Offizieller Sender der EZLN. Angeblich auch über Kurzwelle zu empfangen, einfacher aber über das Netz. Direkt aus dem Herzen des zapatistischen Territoriums.

ONDA

npla.de/onda

Spannende Themen, Politik und Kultur aus Lateinamerika, in deutscher Sprache in Berlin produziert. Hier gibt es einzelne Beiträge und Features sowie 14-tägig das einstündige Onda-Info als moderierte Sendung

Das Rot fühlen

"Wir müssen uns darauf vorbereiten, alleine Widerstand zu leisten"

Wir dokumentieren an dieser Stelle Auszüge aus einem Beitrag der Zapatistas zu einem Kolloquium, das im Dezember 2007 in San Cristobal stattfand.

Wie seit langer Zeit nicht mehr sind unsere Gemeinden Angriffen ausgesetzt

"Dies ist das letzte Mal, zumindest für eine längere Zeit, dass wir für Aktivitäten dieser Art in die Öffentlichkeit treten werden, ich meine für Gespräche, Treffen, runde Tische, Konferenzen und natürlich Interviews.

Einige der Moderatoren dieser kollektiven Konferenzen haben mich als Sprecher der EZLN vorgestellt, und heute morgen hat mich jemand nicht nur als Sprecher, sondern als den "Ideologen" des Zapatismus bezeichnet. Ich bitte Sie! "Ideologe". Sonst geht es Ihnen gut?

Sehen Sie mal, die EZLN ist eine Armee. Eine sehr andere Armee zwar, aber dennoch eine Armee.

Und mal von der Seite abgesehen, die Sie vom Sup¹ sehen möchten (ich meine außer seinen schönen Beinen), ob als Sprecher, "Ideologe" oder was auch immer, denke ich, dass Sie alt genug sind um zu wissen, dass der Sup außerdem noch der militärische Anführer der EZLN ist.

Wie schon seit langer Zeit nicht mehr, sind unsere Gemeinden, unsere Compañeras und Compañeros Angriffen ausgesetzt.

Das ist natürlich schon früher der Fall gewesen.

Aber er ist das erste Mal seit jenem Morgen im Januar 1994, dass die soziale, nationale und internationale Antwort darauf belanglos oder gleich null gewesen ist.

Es ist das erste Mal, dass diese Aggressionen völlig offen von Seiten angeblich linker Regierungen erfolgen, oder mit der unverhohlenen Unterstützung der institutionellen Linken verübt werden.

Einige Medien nehmen nur dann von uns Notiz, wenn wir töten oder sterben.

In der Zeitung von heute ist zu lesen, dass gerade jener Repräsentant der Finqueros² von Chiapas, von denen ich Ihnen gestern erzählte, Señor Constantino Kanter, gerade eben zum Funktionär der PRD-Regierung von Juan Sabines³ ernannt worden ist, in eine Position von der aus er problemlos die finanziellen Ressourcen für die paramilitärischen Gruppen fließen lassen kann. ... Ich weise hier auf eine einfache und nachweisbare Tatsache hin. Eine Tatsache im Übrigen, die wir bereits schon lange vor jenem 19. Juni 2005 vorausgesehen haben, an dem wir unsere Sechste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald publik machten, und auf die wir uns vorbereitet haben.

Es sind ebenfalls Zwischenfälle eingetreten, vor allem auf der letzten Reise, die wir zum Treffen der Indigenen Völker von Amerika, in Vicam, Sonora unternommen haben, die uns vorwarnen.

Wir wissen und verstehen, dass Sie denken, dass nur dann Dinge geschehen, wenn die Medien, oder ein bestimmtes Medium Sie darüber informieren. Ihnen teile ich mit dass dem nicht so ist - in der letzten Zeit sind viele Dinge passiert, die verschwiegen oder ignoriert werden.

Wir verstehen, dass unsere Positionen nicht mit die gleichen Offenheit und Toleranz aufgenommen werden wie vor einigen Jahren.

Wir verstehen, dass nur eine politische Vision und Position unterstützt und publiziert wird, und man sich gegen jede Hinterfragung oder abweichende Haltung versperrt.

Wir verstehen auch, dass einige Medien nur dann von uns Notiz nehmen, wenn wir töten oder sterben, aber für jetzt zumindest ziehen wir es vor, dass sie keine Notiz von uns nehmen, während wir weiterhin versuchen das zivile und friedliche Unterfangen zu konsolidieren, das immer noch "Die Andere Kampagne" heißt, und uns gleichzeitig darauf vorbereiten gegen die Reaktivierung der Aggressionen gegen uns, ob durch Armee, Polizei oder Paramilitärs, alleine Widerstand zu leisten.

Der Gestank des Krieges beginnt sich in unserem Land breit zu machen

Wir, die im Krieg gekämpft haben, wissen die Wege zu erkennen, auf die er vorbereitet wird und auf denen er sich nähert.

Die Zeichen des Krieges am Horizont sind klar.

Der Krieg, wie die Furcht, hat auch einen Geruch.

Und sein übel riechender Gestank beginnt sich in unserem Land bereits bemerkbar zu machen.

Um die Worte von Naomi Klein zu benutzen, wir müssen uns auf den Schock vorbereiten.

In diesen zwei Jahren, die wir draußen verbracht haben, ist unsere theoretische, reflexive und analytische Produktion reichhaltiger gewesen, als in allen 12 Jahren davor. Die Tatsache, dass sie nicht in den gewohnten öffentlichen Medien bekannt gemacht worden sind, bedeutet nicht, dass sie nicht existieren. Hier sind unsere Ansätze, falls sich jemand dafür interessiert sie zu diskutieren, sie in Frage zu stellen oder sie damit zu konfrontieren, was gerade in der Welt und in unserem Land vor sich geht. Vielleicht, wenn Sie ein wenig näher kommen, werden sie hier als Warnung sehen, was heute Wirklichkeit ist.

Das ist alles."

...

Subcomandante Insurgente Marcos

Übersetzung von Dana

Aus dem Beitrag der EZLN auf dem internationalen Kolloquium "Planet Erde: Bewegungen gegen das System", San Cristobal de Las Casas, Chiapas, Mexiko, 13.-16. Dezember 2007

Der siebte Teil, den wir hier in Auszügen drucken, ist unter dem Titel: "Das Rot fühlen. Der Kalender und die Geografie des Krieges" auf chiapas98.de zu finden. Der komplette Beitrag auf spanisch ist veröffentlicht auf: enlacezapatista.ezln.org.mx sowie chiapas.indymedia.org (auch als Audio)

Anmerkungen:

1 - Ironische Kurzform des Titels "Subcomandante" - "Unterkommandierender"

2 - Großgrundbesitzer

3 - Juan Sabines - Gouverneur von Chiapas; PRD - sozialdemokratische "Partei der demokratischen Revolution"